

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kantor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13093. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellselle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Kellame-Kolonellselle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

England für Aufhebung der Sanktionen. Ein Mehrheitsbeschluss im Obersten Rat wahrscheinlich.

London, 30. Juni. (T.M.) Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß die englische Regierung durch ihren Vorkämpfer, der inzwischen nach Berlin zurückkehrte, die Erklärung abgegeben werde, daß die Sitzung des Obersten Rats, der am 15. Juli zusammentreten wird, in allen Fragen nach ursprünglicher Gesinnung durch Mehrheitsbeschluss Entscheidungen herbeiführen werde. In der Frage der Aufhebung der Sanktionen könne eine Entscheidung nur von derjenigen Seite ausgehen, welche die Sanktionen verhängt hat, und das ist der Oberste Rat. Es kann daher vor dem Zusammentritt des Obersten Rats von einer Aufhebung der Sanktionen keine Rede sein. Dabei ist anzunehmen, daß sich die Vertreter des Obersten Rats für die Aufhebung der Sanktionen aussprechen werden. Es ist überdies zu bedenken, daß am 4. Juli, am amerikanischen Nationalfeiertage, der Frieden mit Deutschland endgültig geschlossen sein wird. Infolgedessen wird der amerikanische Vertreter im Obersten Rat nicht mehr, wie bisher, bloß Zuschauer, sondern vielmehr Teilnehmer sein. Es wird erwartet, daß der amerikanische Vertreter sich für die Aufhebung der Sanktionen aussprechen wird.

Eine offizielle Erklärung der englischen Regierung über ihre Stellung zur Sanktionsfrage und über ihre Ansicht darüber, auf welchem Wege die Entscheidung getroffen werden sollte, wäre um so mehr am Platze, als Briand in den letzten Tagen zweimal, in der Kammer wie gegenüber dem deutschen Vorkämpfer, eindeutig und unumwunden erklärt hat, daß an eine Aufhebung der Sanktionen vorläufig nicht zu denken sei, und als dieser angesichts der Annahme und gewissenhaften Durchführung des Ultimatums jeglicher rechtlichen oder moralischen Begründung entscheidende Standpunkt in Deutschland berechtigte Empörung ausgelöst hat.

Die deutsch-französischen Sachverständigenberatern.

Die Inzidenzfrage auf dem Tapet.
Paris, 29. Juni. Wie Petit Parisien mitteilt, werden die deutschen und die französischen Sachverständigen bei den jetzt beginnenden Beratungen nur zwei Hauptfragen behandeln: Die Zahlungsfristen und den Preis für die Sachlieferungen. Eine dritte Frage werde augenblicklich noch in Berlin mit dem Garantieauschuss verhandelt: der Ersatz der 26 prozentigen Abgabe von der deutschen Ausfuhr durch einen andern Indez. Wahrscheinlich würden die beiden getrennten Verhandlungen in der kommenden Woche gemeinsam in Paris geführt werden. Der Garantieauschuss werde Berlin in zwei oder drei Tagen verlassen.

Große Sachleistungen, kleine Devisenzahlungen.

Berlin, 30. Juni. (T.M.) Halbamtlich wird gemeldet, daß bei den Verhandlungen mit dem Garantiekomitee festgelegt wurde, daß außer der bis zum 31. August zu zahlenden einen Milliarde Goldmark in dem ersten Reparationsjahr bis zum 1. Mai 1922 in Devisen nur noch 300 Millionen Goldmark zu zahlen sind, während die übrigen nach dem Zahlungsplan zu liefernden Summen durch Sachleistungen und durch die Erhebung der Ausfuhrabgabe von den Entente-Ländern abgegolten werden.

Das Abkommen der englischen Bergarbeiter mit der Regierung.

London, 29. Juni. Lloyd George hat das Unterhaus von dem Abschluß eines Abkommens zwischen den Bergleuten und der Regierung in Kenntnis gesetzt. Dieses Abkommen ist bis zum 30. September 1922 gültig und kann von beiden Seiten drei Monate vorher gekündigt werden. Es wird im Unterhause besprochen werden. Die „Verteidigungsmacht“, die kurz nach Ausbruch des Bergarbeiterstreiks gebildet wurde, wird sofort aufgelöst werden.

Ein neuer großer Streik in Aussicht?

London, 29. Juni. Wie die Blätter melden, scheint eine neue industrielle Krise den Kohlenstreik ablösen zu wollen. Die Abstimmung des Maschinenbauerverbandes über die Vorschläge der Unternehmer bezüglich einer Herabsetzung der Löhne ergab 257532 Stimmen gegen und nur 125 014 Stimmen für eine Annahme der Vorschläge. Der Vorsitzende des Verbandes erklärte jedoch, er hoffe, daß trotzdem eine für beide Teile befriedigende Lösung gefunden werden würde.

Ein Attentatsversuch auf den serbischen Prinzregenten.

Berlin, 30. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Wossische Zeitung meldet aus Belgrad: die beispiellose Agitation, die gewisse kroatische Kreise eingeleitet hatten, hat zum Jahrestag des Attentats von Serajewo am 29. Juni nachmittags zu einem Attentat gegen den Prinzregenten Alexander geführt. Als er nach der Eidesleistung auf die Verfassung die Nationalversammlung verließ, und sein Galawagen das im Bau befindliche Gebäude des Ministeriums für öffentliche Arbeiten passierte, warf ein Individuum vom Baugerüst herab eine Bombe gegen den Wagen, in dem neben dem Prinzregenten Minister-

präsident Pasitch Platz genommen hatte. Die Bombe flog gegen eine Telegraphenstange und explodierte in der Luft. Sprengstücke flogen gegen den Wagen, ohne jedoch den Prinzregenten oder den Ministerpräsidenten zu verletzen. Dagegen erlitten durch Sprengstücke eine Person schwere und sechs leichte Verletzungen. Der Attentäter wurde sofort festgenommen. Bei seiner Vernehmung erklärte er, er sei nach Belgrad gekommen, um den Prinzregenten zu töten. Spasoje Stejsich ist 29 Jahre alt, in Török-Lauza, das jetzt zu Jugoslawien gehört, geboren und nach Neufahr zuständig. Er war in russischer Kriegsgefangenschaft und bekennt sich zur bolschewistischen Partei. Er erklärt, er habe seine Tat selbst beschlossen und handele individuell. Man glaubt jedoch, daß es sich um ein in dem Offizierslager in Stein am Anger vorbereitetes Komplott handelt.

Die Verantwortung für die Angaben über die Parteizugehörigkeit des Täters müssen wir der Bosnin überlassen.

Die amerikanischen Friedensbedingungen.

New York, 29. Juni. Tribune meldet aus Washington, daß die Mitglieder des von beiden Häusern des Kongresses eingesetzten Ausschusses zu einer vollständigen Einigung über die Friedensresolution gelangt sind. Sie stimmten den vom Senat gemachten Vorbehalten zu, nach denen in der Hand des Treuhänders befindliches Eigentum solange festgehalten werden soll, bis die amerikanischen Ansprüche gegen Deutschland und Oesterreich pergeklärt sind, bis ferner in diesen beiden Ländern den amerikanischen Bürgern das Recht der meistbegünstigten Nation zugestanden ist, und bis diese Länder alle von den Vereinigten Staaten verhängten Geld- und Haftstrafen und Beschlagnahmen anerkannt haben. Falls das Programm ausgeführt wird, soll die Resolution vor dem 4. Juli in Kraft treten.

Italienischer Verzicht auf Aburteilung der Kriegsbeschuldigten?

Mailand, 29. Juni. (D.M.) Der Socolo meldet: Italien hat dem alliierten Rat mitgeteilt, daß es vorläufig von einer Aburteilung der deutschen Kriegsbeschuldigten, soweit sie auf der italienischen Liste stehen, Abstand zu nehmen gewillt sei.

Die Iren und das englische Angebot.

London, 28. Juni. (Reuter.) In seiner Antwort an Lloyd George erklärte de Valera: „Ich berate mich mit so vielen Hauptvertretern der irischen Nation, wie erreichbar sind. Wir haben den ersten Wunsch, dazu beizutragen, einen dauerhaften Frieden zwischen den Völkern dieser beiden Inseln herbeizuführen, sehen aber keinen Weg, wie dies erreicht werden kann, wenn Sie den Irändern die unbedingt notwendige Einheit verweigern und den Grundlag der Selbstbestimmung beseitigen. Bevor ich ausführlicher antworte, suche ich eine Konferenz mit bestimmten Vertretern der politischen Minderheit von Irland herbeizuführen.“

In einem Schreiben an Craig und vier andre führende Unionisten weist de Valera darauf hin, daß die Antwort, die er an Lloyd George senden werde, auch Leben und Eigentum der politischen Minderheit von Irland in Mitleidenschaft ziehen werde. Deshalb wünsche er, zuerst ihre Ansichten zu hören, und lade sie deshalb zu einer Zusammenkunft mit ihm im Dubliner Rathaus am 4. Juli morgens ein. — Das Kabinett von Ulster hat beschlossen, die Einladung Lloyd Georges zu einer Konferenz anzunehmen.

London, 29. Juni. Wie die Blätter melden, hat der Ministerpräsident von Nordirland Craig auf die Einladung de Valeras zur Teilnahme an der Besprechung im Rathaus von Dublin geantwortet, es sei unmöglich, irgendwelche Zusammenkunft zu vereinbaren, nachdem er bereits die Einladung Lloyd Georges zu einer Besprechung in London angenommen habe. Eine spätere Verzicht aus Dublin befand, daß die irischen Unionisten die Einladung de Valeras zu der Besprechung am 4. Juli in Dublin angenommen haben.

Die Ungültigkeitserklärung der Berliner Stadtverordnetenwahl beschlossen?

Wir lesen in der Freiheit: Wie der B. Z. aus städtischen Kreisen mitgeteilt wird, ist die Ungültigkeitserklärung der letzten Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung durch das Oberverwaltungsgericht eine feststehende Tatsache. Wenn die Zustimmung des Urteils an die Parteien auch noch nicht erfolgt ist, so ist doch das Ergebnis der Beratungen des Gerichts bekanntgeworden, nachdem eine Abweisung der Klage auf Ungültigkeitserklärung der Wahlen ausgeschlossen ist. Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts wird gemeinsam mit seiner Begründung im Juli den Parteien zugehen. Die erforderlichen Neuwahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung werden dann voraussichtlich im September stattfinden.

Zurückhaltung eines polnischen Kommissars in Danzig.

Danzig, 30. Juni. (T.M.) Nach Blättermeldungen soll in Danzig ein polnischer Kommissar, der sich auf dem Wege nach Warschau befand, von den Danziger Zollbehörden zurückgehalten worden sein. Auf dem Bahnhofe widersetzte sich der Kommissar einer von den Zollbeamten geforderten Untersuchung seines Gepäcks. Er mußte infolgedessen keine Reise antreten und in Danzig zurückbleiben. Das polnische Ministerium kündigt in dieser Angelegenheit diplomatische Schritte der polnischen Regierung beim Danziger Senat an.

Der fünfte deutsche Städtetag.

Der fünfte deutsche Städtetag, der vom 23. bis 25. Juni in Stuttgart seine erstmalige Tagung seit 1914 abhielt, war außerordentlich stark besucht. Die letzte Tagung in Köln war kurz vor Kriegsausbruch. Seine Aufgabe war damals, die Beteiligung der Gemeinden an den gemischt-wirtschaftlichen Betrieben, insbesondere an den entstehenden großen Elektrizitätsmonopolsellschaften. Die Elektrizitäts- und Gaswerke der großen Städte und Bezirksverbände wollten damals nicht recht florieren, indes die privaten Elektrizitäts- und Gasunternehmen sich immer mehr vergrößerten und außergewöhnlich große Gewinne abwarfen. Man glaubte damals in den Kreisen der führenden bürgerlichen Kommunalpolitiker, die Stagnation der Kommunalbetriebe sei nur zu überwinden, wenn das Privatkapital an ihnen beteiligt werde, und die Betriebe zu gemischt-wirtschaftlichen umgestaltet würden. Der Krieg schob die Ausführung dieser Pläne aber kurzerhand beiseite und die Stadtvertretungen und -Verwaltungen stellten sich ganz in den Dienst der Kriegspolitik. Der Vorstand des Städtetages unterstützte die Reichspolitik in jeder Weise, die Stadtvertretungen wurden nicht einmal gehört. Zweimal hätte der Städtetag seit Köln zusammentreten müssen, dem Vorstand graute es aber offenbar vor der Einberufung, denn er konnte schwer über seine bankrotte Politik einen Bericht erstatten, dem zugestimmt würde. Aber einmal mußte der Städtetag doch einberufen werden, und was tat der Vorstand da? Er berichtete über seine Tätigkeit überhaupt nicht. Was der Vorstand einer jeden kleinen Vereinigung zu tun verpflichtet ist, daß er den Mitgliedern über seine und der Vereinigung Tätigkeit mündlich oder schriftlich am Jahreschluß berichtet, das fällt dem Vorstand der deutschen Städte, der Vertretung von beinahe zwei Drittel der deutschen Einwohner, nicht ein.

Auf der Tagung in Stuttgart wurde denn auch diese unentschuldigte Unterlassung sehr scharf kritisiert und der Vorstand wagte nicht einmal, sich zu verteidigen. Was hätte er auch sagen sollen? Es ist denn auch der von unabhängiger Seite gestellte Antrag angenommen worden, der den Vorstand verpflichtet, dem Städtetag in Zukunft einen schriftlichen Tätigkeitsbericht vorzulegen und die Richtlinien und Leitfäden für die Tagung den Delegierten rechtzeitig anzustellen. Wie die zukünftigen Berichte aussehen werden, muß freilich abgewartet werden.

Die früheren Städtetage waren, abgesehen von einigen Referaten, die dort gehalten wurden, reine Schaustellungen. Es kamen Hunderte von Oberbürgermeistern und andern höheren Gemeindeverwaltungsbeamten zusammen, nahmen einige Referate entgegen, redeten nebenbei viel vom Vaterland und darüber, wie herrlich weit wir es schon gebracht haben, dann ließ man Wilhelm II. und andre Fürsten hochleben, vergnügte sich weiblich, und dann war die Tagung des deutschen Städtetages zu Ende. Auch das Arrangement für den diesjährigen Städtetag war in ähnlicher Weise getroffen. Der Vorstand, der aus einigen zwanzig Oberbürgermeistern besteht, hatte vergessen, daß der Krieg verlorene gegangen ist und daß die Revolution auch tief in das Gemeinleben umändernd eingegriffen hat. Die alten Privilegienwächter der Besitzenden sind beseitigt worden und die arbeitende Bevölkerung hat auf die Zusammenfassung der Gemeindeparlamente sehr starken Einfluß ausgeübt. Freilich erst auf die Parlamente. Die Verwaltung ist zum allergrößten Teile noch in der Hand der alten feudalen und bürgerlichen Bürokratie, die an rückständiger Gesinnung hinter der staatlichen und Reichsbürokratie keineswegs zurücksteht. Trotz alledem war die Zusammenfassung der 770 Delegierten starken Tagung anders als in früheren Jahren. Sie hätte für die arbeitende Bevölkerung noch besser sein können, wenn unsre Genossen bei den Wahlen für eine andre Vertretung gesorgt hätten. Was soll man dazu sagen, wenn aus einer Industriestadt Sachsens, wo die sozialdemokratische Arbeiterkraft eine Dreiviertelmehrheit im Stadtparlament hat, als einziger Vertreter ein bürgerlicher Herr kommt? Und dies ist nicht die einzige Stadt, wo so gewählt worden ist. Man braucht nur die Teilnehmerliste durchzusehen, man wird staunen über die merkwürdige Vertretung von Groß- und Mittelstädten.

Aber auch die anwesenden sozialdemokratischen Vertreter hätten einen größeren Einfluß auf die Tagung ausüben können, wenn sie geschlossen vorgegangen wären. So blieb der USPD-Fraktion nichts übrig, als die so notwendigen Reformarbeiten auf der Tagung allein zu beginnen. Mit welchem Erfolge sie das getan hat, zeigt am besten die Wirkung auf den Städtetag selbst. Es gab wohl kaum jemand, der nicht anerkannte, daß sie am fleißigsten gearbeitet hat. Ein Stuttgarter bürgerliches Blatt schrieb: „Die Tagung hat unter dem Einfluß der Unabhängigen gestanden, sie haben sie mit ihren Reden, ihren Anträgen und ihren Entscheidungen beherrscht.“

Zu Beginn der Tagung gab der mit Hilfe der Rechtssozialisten

dem Oberbürgermeister in Berlin gewählte Herr Boes das Wort zu nehmen, er werde die Geschäfte unparteiisch führen. Das Gegenteil hat er dann getan: eine Vergewaltigung unserer Redner nach der andern folgte, Entschuldigungen und Anträge auf Schluss der Aussprache ließ er gar nicht erst besprechen, sondern stimmte einfach über sie ab. Und wenn dann die Proteste wegen seiner gewalttätigen Handhabung auf ihn niederkam, dann protestierte er auch noch gegen die Proteste. Die große starke Fraktion der Rechtssozialisten hatte nicht einmal den Mut, gegen diese skandalöse Geschäftsführung Einspruch zu erheben. Ruhig sahen die rechtssozialistischen Oberbürgermeister und andern Vertreter ihrem Berliner Kollegen Gewalttätigkeiten verüben. So mochten sie sich zum Mitschuldigen und ihr Verhalten ist um so skandalöser, als es ihnen bei ihrer Stärke möglich gewesen wäre, den Herrn von seiner halbwidrigen Geschäftsführung abzubringen. Ueber das Verhalten der Rechtssozialisten auf der Stuttgarter Tagung ist das letzte Wort sowieso noch nicht gesprochen. Die parteiische Geschäftshandhabung ist nur die formelle Seite der Sache. Viel wichtiger ist, wie die Tagesordnungsgegenstände selbst behandelt und erledigt worden sind. Der Essener Oberbürgermeister Dr. Luther, der früher Geschäftsführer des Städtetages war, referierte über die Lage der Gemeinden. Sein Vortrag war auf den Ton gestimmt: die Gemeinden sind bankrott, also müssen wir sparen. Aber wo? Nun, an den Kultur- und sozialpolitischen Ausgaben. Die Ausgaben für Schulen müssen verringert werden, was dadurch geschehen kann, daß die Klassenschilderzahl erhöht wird. Das sagt ein Stadtoberhaupt, das doch weiß, wie die Volksschulen durch den Krieg völlig heruntergekommen sind und erst wieder aufgebaut werden sollen. Diese kulturfeindlichen Verfügungen waren aber nicht das einzig Bemerkenswerte seiner Rede. Nicht mit nackten Worten, sondern verschleierte schon dieser objektive Vortragende die Schuld am Gemeindeelend dem neuen Regime zu und fand damit selbstverständlich bei seinen Mitschuldigen starken Beifall. Die vorgelegte Entschickung warnte die Städte vor verhängnisvoller Anleihekriegswirtschaft. Die eigenen Einnahmemöglichkeiten seien aufs stärkste auszunutzen. Das ist natürlich nichts anderes, als die verschleierte Aufforderung zur Einführung indirekter Steuern und Erhöhung der Abgaben aller Art. Die Warnung vor verhängnisvoller Anleihekriegswirtschaft kommt zu spät, sie hätte zu Kriegsbeginn kommen sollen, und nicht erst, wenn die Gemeinden bankrott sind. Aber damals wurden ja die Warner ausgelacht. Die reaktionäre Gesinnung der bürgerlichen Vertreter kam deutlich bei der Abstimmung über die Getreideentschickung zum Ausdruck. Obwohl die Gemeinden durch die plötzliche Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft ungeheuer geschädigt werden — denn die Angestellten, Beamten und Arbeiter werden bei den Brotpreissteigerungen mit neuen Forderungen kommen —, haben die Herrschaften gegen die Stimmen der Unabhängigen, Kommunisten und einigen Rechtssozialisten diese Entschickung niedergestimmt. In den Gemeindevortretungen wird mit diesen Herzen, wenn sich die Folgen der Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft erst zeigen, kräftig abgerechnet werden müssen.

Einen besonders tollen Streich leisteten sie sich mit der Entschickung über Oberschlesien. Der Vorstand brachte sie zur Abstimmung, ohne den Delegierten vorher Gelegenheit gegeben zu haben, sie dem Sinne nach kennen zu lernen und darüber zu sprechen. Die unabhängige Fraktion stimmte dagegen und ließ gegen die Machinationen des Vorstandes eine scharfe Erklärung los, die bei den bürgerlichen Herrschaften große Entrüstung hervorrief. Stumm blieben die Rechtssozialisten zu dem politisch-reaktionären Streich ihrer bürgerlichen Freunde.

Noch schärfer als bei dem ersten Tagesordnungspunkt ging es bei dem über die Gemeindeform zu. Später die ersten beiden Reichstageskatter auch über das Ein- und Zweikammerystem sprachen, eine klare Stellung dazu nahmen sie nicht ein, sondern redeten davon, daß man mit beiden Systemen gut auskommen könne. Die vom Vorstand vorgelegte Entschickung schwebte sich über die Frage, was unter der Gemeindeform zu verstehen ist, überhaupt aus. Es wird nur davon gesprochen, daß das Selbstverwaltungsrecht uneingeschränkt bleiben soll. Groben Unfug verübte der Vorstand dadurch, daß er den vor den Franzosen schon zweimal ausgewiesenen Dillendorfer Oberbürgermeister Körner noch als dritten Reichstageskatter zuließ, der eine alldeutsche Putschliste und seine Mut gegen die Franzosen losließ.

Das Eingreifen der unabhängigen Redner brachte dann die Diskussion auf den eigentlichen Punkt. Zur Vorstandesresolution wurde ein Änderungsantrag eingebracht, der freilich abgelehnt wurde. Die bürgerlichen Herren sind sich über das, was die Gemeindeformreform sein soll, selbst noch nicht im klaren. Sie beantragten deshalb, daß zu dieser Frage eine Studienkommission eingesetzt werden solle, die das nötige Material zusammentragen soll. Auch der von unabhängiger Seite gestellte Antrag, daß der Kongress diese Kommission selbst einsetzen solle, wurde abgelehnt: es bleibt also dem Vorstande überlassen, wen er in die Kommission delegieren will.

Einen heillosen Streich spielte der magdeburger rechtssozialistische Oberbürgermeister Weins seinen Parteifreunden mit einer Rede, die nichts anderes als eine dumme Anrede der unabhängigen Fraktion bildete. Die nötige Abstrafung folgte auf dem Fuße. Die bolschewistische Rede war aber auch eine glatte Zurückweisung der Rede seines Parteifreundes Leinert, die darin bestand, daß oberstes Gesetz in der Gemeinde der Wille der Bevölkerung auch in der Verwaltung sein müsse.

In eine böse Axt wurde die Mehrheit des Kongresses durch den kommunistisch-unabhängigen Antrag gebracht, der Städtetage solle die Verordnung des preussischen Ministers des Innern, Dominicus, für ungeschicklich erklären, wonach Kommunisten zu öffentlichen Aemtern nicht zugelassen werden dürfen. Schon am ersten Tage war der Antrag eingebracht worden. Mit allerlei Geschicklichkeiten wollte ihn Herr Boes beseitigen, was ihm aber nicht gelang. Bei dem Punkte Gemeindeformfassung wurde er wieder eingebracht, und nun galt es, Farbe zu bekennen. Natürlich wurde er abgelehnt. Die Rechtssozialisten hatten zu gleicher Zeit einen Antrag eingebracht, der ausspricht, daß die politische Gesinnung kein Hinderungsgrund für die Bekleidung öffentlicher Aemter sein darf. Dieser Antrag wurde angenommen.

Bei der Sachungsberatung versuchte die unabhängige Fraktion den Städtetag und besonders den Hauptauschuh demokratisch umzugestalten. Sie brachte eine große Anzahl Anträge ein und be-

gründete sie eingehend. Der allergrößte Teil davon wurde abgelehnt.

Den bürgerlichen Herren wurde sehr deutlich gesagt, daß der nächste Städtetag wohl eine andre Zusammensetzung aufweisen werde, was sie in keine geringe Aufregung versetzte. Es kommt nun auf die Arbeitervertreter in den Gemeinden an, daß sie diese veraltete Körperschaft umgestalten, indem sie zu den Städtetagen andre Vertreter schicken. Aber schon diesmal hätte mehr herausgeholt werden können, wenn auf dem Städtetage die Arbeitervertreter gemeinschaftlich vorgegangen wären und die Rechtssozialisten nicht die Schlepptreue bürgerlicher Politiker gemacht hätten.

Ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver.

Berlin, 30. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. W.) Die Rote Fahne beschäftigt sich heute mit der „Krise in der USPD“. Sie erklärt, daß die Führer, die Hilferding, Crispian und Breitscheid, bereit sind, auch das letzte an Grundfähigkeit gegenüber der SPD. aufzugeben. Sie weist dabei auf die Rede des Genossen Breitscheid vor der Generalversammlung des Bezirksverbandes Groß-Berlin hin und bemerkt dazu: „Also die Einheitsfront soll gebildet werden auf der Grundlage der parlamentarischen Taktik. Wie zufrieden die Bourgeoisie mit der Erklärung Breitscheids ist, das zeigen die wohlwollenden Bemerkungen der demokratischen und Zentrumspresse, deren Günstling Breitscheid ist. Wie wenig aber die unabhängigen Arbeiter mit dem Vorgehen ihrer Führer einverstanden sind, das geht aus dem Bericht der Leipziger Volkszeitung über die außerordentliche Generalversammlung in Leipzig hervor. In dieser Versammlung wurde die schärfste Kritik an dem Verhalten des unabhängigen sächsischen Innen- und Polizeiministers Lipinski geübt. Die Leipziger Volkszeitung muß zugeben, daß die Kritik zum Teil berechtigt sei. Die Stimmung der sächsischen USPD-Arbeiter kann nicht deutlicher illustriert werden, als durch das Verhalten dieses Organs, das bisher in jeder Weise die rechtssozialistisch-unabhängige Koalition in Sachsen und Lipinski verteidigte. Die Rote Fahne bringt dann den Bericht der Leipziger Volkszeitung und bemerkt zum Schluss: „Die USPD-Arbeiter wachen auf. Auch die Freiheit wird auf die Dauer durch Totschweigen nicht verhindern können, daß die USPD-Arbeiter Rechenschaft von ihren Führern fordern, daß sie, im Gegensatz zu Breitscheid und Lipinski, den Ministern und Ministeranwärtinnen, sich einigeln in die revolutionäre Front der zum Sturz der Bourgeoisie entschlossenen Proletarier.“

Was die Rote Fahne mit der Andeutung des Totschweigens in der Freiheit meint, gibt sie dann in einer späteren Notiz ausführlicher bekannt. Sie schreibt dort: „Die Berliner USPD-Arbeiter haben noch immer nichts von der Verurteilung Breitscheids und der Mehrheit der Fraktion durch Kurt Rosenfeld gehört, weil es Herrn Hilferding, dem Staatsrat, nicht paßt. Die Freiheit versucht inwischen den Genossen zu erwidern, in den Reihen der USPD. herrsche völlige Einmütigkeit. Dabei weisen es die Späßen von den Dächern, daß die große Masse der USPD-Arbeiter, vor allem in der Provinz, in lebhafter, nicht mehr zu beschwichtigender Opposition zu der verräterischen Taktik ihres Zentralkomitees stehen. Wir sind gespannt, wann Herr Hilferding endlich Kurt Rosenfeld die Spalten der Freiheit öffnen wird.“

Die zerfallende kommunistische Partei, die mit ihren Leuten nicht fertig wird und schon wieder vor neuen Ausschüssen steht, hat wahrhaftig allen Grund, über „die Krise in der USPD.“ zu oraken. Aber sie muß freilich versuchen, die Aufmerksamkeit ihrer zusammenbröckelnden Anhänger von der Krise, die sie selbst in der Hand hat, abzulenken. Wenn sie so gesund wäre, wie die Unabhängige Sozialdemokratie, so könnten die Stockerchen sehr zufriden sein. Doch es in unserer Partei Meinungsverschiedenheiten über verschiedene Einzelfragen gibt, ist wahrhaftig nichts Gefährliches. Das soll in allen Parteien vorkommen, und wir haben gar keinen Grund, das irgendwie zu verbergen. Diese Meinungsverschiedenheiten werden in sachlicher Auseinandersetzung ausgeprochen und gelöst werden. Von einer Zuspaltung, die zu trenndem, das Gefüge der Partei bedrohenden kritischen Stadium führen könnte, ist indes, das darf die Rote Fahne schon glauben, nicht im entferntesten die Rede. Schon deshalb nicht, weil die Möglichkeit, zu einer Einheitsfront mit den Rechtssozialisten zu kommen, durch diese immer wieder zerklüftet wird. Jedes Mitglied unserer Partei wird sich sagen, daß die laue Haltung, die die rechtssozialistische Fraktion zur Frage des Ausnahmezustandes neuerdings im Reichstage eingenommen hat, in der Diskussion über die Möglichkeit einer Annäherung ein weit gewichtigeres Moment sein wird, als alle schnüchlichen Wünsche nach der Einheit und als alle schönen Erklärungen, die von rechtssozialistischer Seite kommen. Wir glauben, daß die Einheit sich anbahnt, aber daß sie erst kommen kann, wenn die Rechtssozialisten aus der

Die Kirche gegen die Volksschule



Wenn ich nicht über sie herrschen kann, so will ich sie zer schlagen.

Koalition ausgeschlossen und zur schärfsten Opposition an unserer Seite überzugehen sich gezwungen sehen, was zugleich auch eine innere Umwandlung dieser Partei mit sich bringen würde. Bis dahin erscheinen uns alle Versuche, zur Einigung oder auch nur zur Annäherung an die Einigung zu kommen, akademischer Natur und wenig fruchtbar. Und wir sind überzeugt, daß die überwiegende Mehrheit der Partei so denkt, weshalb auch von einer Aufregung unter unseren Genossen über angebliche Absichten angeblicher Führer, die Grundzüge zu verschauern usw., gar keine Rede ist.

Um ihr dürftiges Beweismaterial für die fürchtbare „Krise in der USPD.“ etwas aufzufüllen, greift die Rote Fahne auch nach der Kritik, die unsere Leipziger Organisation und die Leipziger Volkszeitung an Vorlagen gelibt hat, die Genosse Lipinski als Minister des Innern dem sächsischen Landtag vorgelegt hat. Sie soll sich nicht auslachen lassen. Die Leipziger Volkszeitung hat auf das Recht der Kritik an den Handlungen der Führer nie verzichtet. Ebenjowenig wie die sächsischen unabhängigen Sozialisten und die Landtagsfraktion unserer Partei etwa auf dieses Recht verzichten müßten, weil ihre Vertreter in der sächsischen Regierung sitzen. Diese sachlichen Differenzen, die ihre sachliche Lösung finden werden, irgendwie mit den zerstörenden inneren Kämpfen, die die kommunistische Partei in Kürze in Grund und Boden ruiniert haben werden, in Parallele zu stellen, ist so lächerlich, daß wir uns nicht weiter damit zu beschäftigen brauchen.

Uebrigens tauchen in der bürgerlichen Presse immer wieder Meldungen auf, wonach sogenannte Einigungsverhandlungen zwischen der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und den Rechtssozialisten stattfänden. Das Zentralkomitee teilt uns mit, daß daran kein Wort wahr ist.

Aufruf.

Am 26. Juni 1921 fand in Weichenfels eine Konferenz von Delegierten der Betriebsräte, Gewerkschafts-fartelle und der drei sozialistischen Parteien von Mitteldeutschland und Thüringen statt, die sich mit der Frage der Amnestie der anlässlich der Osterorgänge verurteilten Arbeiter beschäftigte.

Das Ergebnis der ausgiebigen Aussprache wurde einstimmig in folgender Willensfindung zusammengefaßt:

Das Wüten der Sondergerichte gegen die an den Osterorgängen in Mitteldeutschland beteiligten Arbeiter ist weiter nichts als ein Zeichen des Nachrückens der herrschenden Klasse, die in der weichen Justiz ein willkürliches Werkzeug zur Niederschlagung der revolutionären Arbeiterschaft besitzt. Das Unternehmertum wittert gleichfalls Morgenluft. Es glaubt die jetzige Situation ausnützen zu können, um dem arbeitenden Volke die drückenden wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrags von Versailles aufzujassen zu können.

Dieser Reaktion auf allen Gebieten kann nur durch ein geschlossenes Vorgehen der organisierten Arbeiterschaft begegnet werden. Die Konferenz richtet deshalb an die Arbeiterschaft Mitteldeutschlands und Thüringens die ernste Mahnung: Die Einheitsfront des gesamten Proletariats herzustellen.

Auch die Arbeiterschaft ist in der Lage, den mörderischen Brandkampf des Proletariats zu beenden. Deshalb muß die Arbeiterschaft dafür sorgen, daß in ihren Organisationen und Zellen alles unterlassen wird, was den gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion lähmt und hindert.

Von den Zentren der sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften verlangen wir, daß sie, gestützt auf den Willen der organisierten Arbeiter zu gemeinsamem Handeln, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für folgende Forderungen wirken:

- 1. Für die ans Enthal der Osterorgänge 1921 verurteilten und inhaftierten Arbeiter:
- 2. Sofortige Amnestie.
- 3. Sofortige Niederlegung aller schwebenden Prozesse.
- 4. Sofortige Freilassung aller Inhaftierten.

Vertreten waren auf der Konferenz 30 Städte durch 84 Delegierte. Als weitere Verhandlungspunkte wurden die Bestrebungen der Unternehmer nach Lohnabbau und die Arbeitslosigkeit auf die Tagesordnung gesetzt. Entsprechende Entschickungen wurden gleichfalls einstimmig gefaßt.

Wir sind mit der Tendenz dieses Aufrufs sehr einverstanden, wenn wir auch nicht an eine baldige organisatorische Einigung glauben können, so sind solche Rundgebungen doch gute Vorarbeit für sie. Wir werden uns bemühen, in dem Sinne des Aufrufs zu arbeiten; wir wollen wünschen, daß auch die Sprecher und Organe der beiden andern Arbeiterparteien einmal den Anfang mit solcher Haltung machen.

Ein Moskauer Uhas der kommunistischen Zentrale.

Die Stockerchen in der Zentrale der kommunistischen Partei haben von Moskau schon etwas gelernt. Sie können schon ganz weit Wale fabrizieren, die an Entschickendheit der Diktatorensprache nichts zu wünschen übriglassen. So hat jetzt die Zentrale eine neue Erklärung gegen die Leuten erlassen. Die Däumlig, Dümwig, Meyer und Wolff Hoffmann sind bekanntlich schon auslühreff wegen des Unterschreibens einer Anfrage Lepis im Reichstage — die nach Lepis Rebellion gereinigte kommunistische Presse, in der niemand mehr sitzt, der gegen die Zentrale eine selbständige Meinung zu haben mag, hat so gut wie einstimmig den sofortigen Ausschluß der „Lepi-Buben“ gefordert. Inzwischen hat die Zentrale entdeckt, daß die Sünden noch ein neues Verbrechen begangen haben — sie haben an der von Lepi begründeten Zeitschrift Sowjet mitgearbeitet. Das hat der Zentrale Anlaß gegeben zu einer Erklärung, worin es heißt, daß diese „Kleine Gruppe von Genossen“ an der von Lepi herausgegebenen, außerhalb der Kontrolle der Partei erscheinenden Zeitschrift regelmäßig mitgearbeitet hat, um die opportunistische Richtung innerhalb der Partei schärfer zu markieren. Die Erklärung fährt dann wörtlich fort: „Da aus einer Ankündigung des Hefts 4 des Sowjet zu ersehen ist, daß diese Gruppe nicht daran denkt, die parteitaktischen Erörterungen innerhalb der Parteipresse zu pflegen, sondern ausdrücklich unter noch schärferer Betonung der Tendenz dieser Gruppe der Sowjet als unser Weg erscheinen soll, verbietet die Zentrale den Genossen, an dieser Zeitschrift mitzuarbeiten.“

Die Zentrale „verbietet“! Die Wahl dieses Wortes ist keine Zufälligkeit und keine nebensächliche Neugierlichkeit. Sie kennzeichnet das Verhältnis der Geführten zu den Führern in der angeblich von allem Bontentum freien kommunistischen Partei.

— Die Levi-Buben werden durch dieses Verbot in die Klemme gebracht. Entweder müssen sie sich unterwerfen, von Levi völlig abriden und sich so das Rückgrat brechen lassen, oder sie müssen des Ausschusses gewärtig sein. Wir sind nicht sehr gespannt darauf, wie sie sich entscheiden werden. Allzuweit das für die deutsche Arbeiterbewegung sehr gleichgültig ist.

Uebrigens gehört auch Klara Zetkin zu den „Levi-Buben“. Sie hat in Moskau, wo sie an der Tagung der internationalen kommunistischen Frauenkonferenz und am Kongress der kommunistischen Internationale teilnimmt, in dem Organ des Kongresses, „Moskau“, einen Protest veröffentlicht gegen einen Satz einer Sympathieerklärung für die Opfer der Gegenrevolution, die auf der Eröffnungsfeier der Frauenkonferenz beschlossen wurde. Es hieß darin nämlich: „Sicht ihr denn nicht, daß aus den schweren Märzämpfen das Proletariat Deutschlands noch fester herauskam? Ihre Ueberzeugung, so sagt Klara Zetkin, mache es ihr zur Pflicht, gegen diesen Satz zu protestieren. „Nach meiner Einschätzung der Lage in Deutschland ist der Satz sachlich unrichtig, ich fühle meine Auffassung auf Ziffern und Tatsachen.“

Diesen Protest haben die übrigen Mitglieder der deutschen Frauendelegation, bestehend aus Bertha Braunschweig und einigen andern Leuchten, mit einem Gegenprotest beantwortet, in dem die angeblichen Tatsachen und Ziffern, auf die sich Klara Zetkin läßt, als Fälschungen oder fanatische Uebertreibungen bezeichnet werden, wie der Zentralausschuß der BAWD. einmütig festgestellt habe. Außerdem wird gesagt, dieses „angebliche Tatsachenmaterial“ sei zusammengestellt worden von dem Führerling um Paul Levi, der die Märzaktion aktiv und passiv sabotiert hat und nach der Aktion zum Teil den Gegnern der Partei und dem Staatsanwalt direkte Hilfe geleistet hat.“ Zum Schluß erklären die Braunschweiger, daß sie, und nur sie im Namen der Partei sprechen. — Wie lange noch, und Klara Zetkin wird Bertha Braunschweig weichen müssen!

Neue Milliardenliebesgaben für die Agrarier!

Eben erst hat die bürgerliche Einheitsfront des Reichstags durch die fast vollständige Aufhebung der Getreidebewirtschaftung den Agrariern ein Milliarden Geschenk in den Nacken geworfen, und schon schließt sie sich an, ihrem unstillbaren Profluthunger weitere Opfer zuzuschleppen — bezahlt ja nicht die Bourgeoisie diese Opfer, sondern die breite verelendete Masse des Proletariats. Zwei Milliarden werden von den Agrariern und ihren guten Freunden in der Regierung zugleich geritten: die Getreidepreise sollen erhöht und für die Maisverbilligung aus Reichsmitteln eine Milliarde bereitgestellt werden. Auf die Erhöhung der Getreidepreise hat uns Herr Hermes, der Anwalt der Agrarier, bereits vorbereitet. Aber wie großzügig er für seine Schützlinge sorgt, geht aus der Ankündigung hervor, daß die Getreidepreise von 1500 auf 2300 Mk., also um mehr als die Hälfte, erhöht werden sollen — und das, obwohl von Regierungseite wie von ehrlichen Agrariern ausdrücklich festgestellt wurde, daß ein Preis von 1800 Mk. zur Deckung der Produktionskosten und des üblichen Gewinns als angemessen erscheint! Aber warum soll das elende Stroh nicht noch höhere Preise zahlen, wenn es noch Arbeiter, Angestellte und Beamte gibt, die ihren Klassenfeinden, den bürgerlichen Parteien, nachlaufen und sich selbst dem Messer der Agrarier und des Kapitals ausliefern!

Aber nicht genug damit, die bürgerlichen Parteien sind auch drauf und dran, der Reichsliste, der gerade jetzt die furchtbaren Belastungen zugemutet werden, eine volle Milliarde zu rauben, um den armen Agrariern beizuspringen, ihnen einen Zuschuß zur Maisverbilligung zuzumachen zu lassen! Die Not der Arbeitslosen schreit zum Himmel, die Regierung erklärt, sie könne die Arbeitslosenunterstützung nicht erhöhen, da die Entente dagegen Einspruch erhebe, daß Reichsmittel zu Unterstützungszwecken verwendet werden, die den Reparationszwecken zugute kommen könnten — aber die armen Agrarier mit weiteren Milliarden zu unterstützen, scheut man sich nicht! Diesen unerhörten Provolationen der Bourgeoisie muß der geschlossene Widerstand aller sozialistischen Parteien entgegengesetzt werden.

Erhöhung der Branntwein-Verbrauchsabgaben.

Die Regierung hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf zu geben lassen, der eine Verbilligung der Verbrauchsabgaben auf Branntwein verlangt. Bisher wurden für hundert Liter Weingeist 800 Mk. Abgabe erhoben. Dieser Satz soll auf 4000 Mk. für hundert Liter Weingeist heraufgesetzt werden. Außerdem wünscht die Regierung aber, die Möglichkeit der Konjunkturstärkung in die Hand zu nehmen. Es liegt doch gerade im Wesen eines Monopols, den auf dem Markt erzielbaren Gewinn restlos dem Reiche zu sichern. Zu diesem Zweck soll der Satz von 4000 Mk. nur als Mindestsatz festgesetzt, im übrigen aber nach oben der Monopolverwaltung größere Bewegungsfreiheit gelassen werden. In der Begründung der Vorlage wird auf die Abgabe in Frankreich und England hingewiesen. In Frankreich betrage sie 840 Goldmark, in England 2880 Goldmark. Man erwartet, aus der Branntweinabgabe einen Ertrag von 1,6 Milliarden herauszuschinden. In dem letzten Friedensjahr betrug der Verbrauch zu Trinzweck etwa 1 800 000 Hektoliter. Bei Festsetzung der gegenwärtigen Verbrauchsabgaben rechnete man mit einer Million, für das jetzt verfeuert mit 800 000 Hektoliter Verbrauch und glaubt, daß für die nächste Zeit infolge der verminderten Kaufkraft ein Verbrauch von 400 000 Hektoliter zu erwarten sei. Sobald sich aber die wirtschaftlichen Verhältnisse wieder gefestigt haben werden, werde die Abgabe von 4000 Mk. für hundert Liter Weingeist etwa 3,2 Milliarden Einnahme bringen.

Eisnerich geht — Orgesch und Orgeschgeist bleiben.

Ein Telegramm aus München meldet: Dr. Eisnerich hat an alle Kreis- und Gauhauptleute eine Rundgebung gerichtet, in der er mitteilt, daß er infolge der Verfüzung der Reichsregierung zur Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren sein Ehrenamt als Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehren niederlege. — In seinem Abschiedswort an die Kreis- und Gauhauptleute sagt Eisnerich:

„Die Reichsregierung hat die Auflösung der Einwohnerwehren Bayerns verfügt. Sie trägt vor dem deutschen Volke und vor der Geschichte die Verantwortung für diesen Schritt, der durch die Verkünder eigener Stammesbrüder herbeigeführt, vor Feindschaft und Vernichtungswillen diktiert ist und einen unannehmbaren Eingriff in das deutsche Recht darstellt. Eine Möglichkeit, eine Verberung dieser nunmehr gefallenen Entscheidung herbeizuführen, ohne schwerste Erschütterung un-

seres bayerischen und deutschen Vaterlandes, besteht nicht. Ich habe daher den schwersten Entschluß meines Lebens gefaßt. Es ist mir aber unmöglich, die Hand zur Vernichtung desjenigen zu bieten, was ich in zweijähriger Arbeit zum Wohle Bayerns und Deutschlands aufzurichten durfte. So lege ich denn heute mein Ehrenamt als Landeshauptmann der Einwohnerwehren Bayerns in die Hände derer zurück, deren Vertrauen mich auf diesen Posten berufen hat. Die Form unserer Einwohnerwehre ist zerfallen, aber ihr Geist lebt und wird weiterleben.“

Es bedurfte dieser Rundgebung des Orgeschhauptlings nicht, um darzutun, daß nicht nur die Form, sondern auch der Geist der Orgesch weiter lebt. Die Arbeiterschaft muß jetzt erst recht mit der größten Aufmerksamkeit das Treiben der Orgeschleute, das nun im geheimen fortgesetzt wird, überwachen. Sie muß gerüstet sein, um jederzeit den Kampf mit ihnen aufnehmen zu können.

Gefangene können wir nicht brauchen!

In den ersten Monaten des Weltkrieges ging durch die gesamte feindliche und neutrale Presse die Nachricht, daß der Kommandeur der 88. Brigade in einem Brigadefehl die Lösung aller gefangenen Franzosen, auch der verwundeten, angeordnet habe. Dieser Befehl hat Deutschland in der Welt ungemein geschadet, er wurde überall als ein Beweis für die grausame und brutale Kriegsführung Deutschlands angesehen.

Der Prozeß, der gestern begann, zeigt bisher, daß ein schriftlicher Brigadefehl mit solchem Inhalt nicht existiert, daß aber General Stenger zu seiner Truppe gesagt hat: „Gefangene können wir heute nicht gebrauchen.“ Der damalige Hauptmann und Kompanieführer Cruius behauptet jedoch, daß der General am 21. August befohlen habe, sämtliche verwundeten Franzosen zu erschließen. Am 26. August habe er den Befehl gegeben: „Es werden keine Gefangenen gemacht, es wird kein Parndon gegeben und kein Parndon gefordert!“ Cruius hat die Befehle an seine Kompanie so weitergegeben und dazu beigetragen, daß tatsächlich deutsche Soldaten wehrlose Verwundete niederschossen.

Die Glaubwürdigkeit des Angeklagten Cruius steht allerdings nicht ganz zweifelhaft fest. Er ist am 28. August geistig so völlig zusammengebrochen, daß er sofort in die Heimat geschickt werden mußte. Auch im späteren Verlaufe des Krieges ist er noch zweimal unzurechnungsfähig geworden.

In diesem Prozeß entrollt sich den Hörern ein Bild der furchtbaren Erschütterung, mit der in den ersten Monaten hieben und drüben gekämpft wurde. Die ganze Scheußlichkeit des organisierten Massenmordes, der ganz notwendigerweise Grausamkeit, Brutalität, Unmenschlichkeit in sich schließt, tritt uns in den Schilderungen der Angeklagten und der Zeugen vor Augen und wird uns bei der Vernehmung der vielen weiteren Zeugen noch oft erschüttern.

Um einen gelieferten Kappisten.

Am 15. März 1920 wurde bei dem Ueberfall der Balthiktuppen auf Harburg der Führer der sogenannten „Eisernen Schar“, Hauptmann Berthold, nachdem die Truppen nach längerem Kampfe gefangen genommen waren, von der empörten und aus höchster gereizten Volksmenge getötet. Während man gewöhnt ist, daß man sich, um die Mörder von Arbeiterführern zu finden, sehr wenig Mühe macht, beweist dieser Fall, daß man keine Mühe und Kosten scheut, wenn es gilt die Toten der Reaktion zu rächen.

Schon im Februar d. J. wurde die Angelegenheit vor dem Schwurgericht verhandelt, mit dem Ergebnis, daß der Staatsanwalt gegen zwei Arbeiter, nachdem sie monatelang in Untersuchungshaft gesessen hatten, Freisprechung beantragte. Mit erhobener Stimme erklärte damals der Staatsanwalt, daß er nicht eher ruhen werde, bis die Tat gesühnt sei. Auf die Beschuldigung eines Menschen, der von seinen Vorgesetzten als ein Mann bezeichnet wird, der nicht ernst zu nehmen ist, mußte wiederum ein Arbeiter mehrere Monate in Untersuchungshaft sitzen. Das Ergebnis war, daß auch in der eben zu Ende geführten Verhandlung der Staatsanwalt Freisprechung beantragte, weil außer der sehr zweifelhaften Beschuldigung des erwähnten Zeugen nichts Beliebiges vorlag.

Zweimal sind etwa hundert Zeugen aus allen Gegenden zusammengeschickt worden. Hunderttausende hat der Prozeß jedesmal verschlungen! Ein ganzes Jahr lang ist ein Heer von Beamten mit dem Prozeß beschäftigt gewesen; zweimal haben Arbeiter monatelang hinter Gefängnismauern schmachten müssen. Das Opfer des Verbrechens war eben kein Arbeiter, sondern ein Angehöriger der besseren Klasse.

Wer war Berthold? Ein Hochverräter, ein Vorkämpfer des militärischen Unternehmens zum Sturze der Republik; ein Verbündeter von Rapp-Lüttich. Monatelang schon hatte er mit seinen Balthiktumern an der Unterlebe auf der Lauer gelegen. Er hatte sich jeder Entwarnung widersetzt und hatte nur den Augenblick abgewartet, wo die Gegenrevolution losbrechen sollte. Am 15. März hielt er seine Feie für gekommen. Ueber Harburg, daß er zuerst zu bezwingen hoffte, wollte er weiter über Hamburg hinaus, der Gegenrevolution mit Blut und Eisen den Weg ebnen. Die Geschlossenheit der Harburger Arbeiterschaft setzte seinen Bestrebungen ein frühes Ziel.

Der blamierte Herr Schiffer.

Der Herr Reichsjustizminister, der so fest von seiner Wiederwahl überzeugt war, daß er, als er den Posten des Reichsjustizministers nach dem Rapp-Putsch verlassen mußte, seine Wohnung gar nicht erst räumte, hat außer diesen gewissen Wohnungskontrollen offenbar nur sehr schwache Ahnung von den wirklichen Vorgängen in seinem Ressort. Vielleicht will er sie auch nicht haben. Er hat bekanntlich im Reichstag auf einen Angriff unserer Partei, daß er noch immer nichts zur Strafverfolgung des Rapp-Ministers von Jagow getan habe, erwidert, daß Herr von Jagow krank sei und daß man ihm deshalb nichts anhaben könne. Der Herr „Minister aus Veruschgründen“ hat aber nicht mit der Eigenart des Herrn von Jagow gerechnet. Der frühere Berliner Polizeipräsident, der Autotombuslinien nicht genehmigte, weil diese auf seinen Spazierritten stürzen, veröffentlicht in der Kreuzzeitung die lakonische Antwort: „Ich bin seit dem 20. März nicht einen Tag krank gewesen.“ Der blamierte Herr Schiffer ist vor Schreden stumm geworden. Er wagt nicht einmal sich vor der Presse von seinen Presseferenzen vertreten zu lassen. Das Parlament wird hoffentlich den Minister sich einmal näher ansehen, der es wagt, eine objektive unwahre Auskunft zu erteilen. Herr von Jagow aber laßt sich eins und freut sich im stillen auf den Prozeß, der beweisen wird, warum der jetzige Minister so große Ausflüchte macht. Herr von Jagow weiß sehr genau, daß es in der preußischen Klassenjustiz keinen Richter geben wird, der ihn wegen eines monarchistischen Staatsverbrechens verurteilen wird. Herr Schiffer, der diese seine Bestätigung verhindern wollte, muß zu seinem Schrecken erkennen, daß es ihm beim besten Willen nicht gelingen will, sich der Deutschenationalen zu erwehren. Er hat sich nach jeder Seite hin auf das trefflichste blamiert.

Einstellung des Strafverfahrens gegen Erzberger.

Der Berliner Lokalanzeiger berichtet: In der Strafsache gegen den früheren Reichsfinanzminister Erzberger wegen eines Weineids, den Erzberger gelegentlich seiner Vernehmung im Helfferich-Prozeß abgelegt haben soll, ist am Mittwoch auf übereinstimmenden Antrag des Generalstaatsanwalts und der Justizräte Dr. Löwenstein und Dr. Werthauer von der 10. Strafkammer des Landgerichts I beschlossen worden, den Prozeß infolge

mangelnder Beweise auf Kosten der Staatskasse sofort einzustellen. In dem Antrage des Staatsanwalts und der Verteidiger ist darauf gelegt, daß die Feststellungen im Helfferich-Prozeß ergeben haben, daß keinerlei Stützpunkt für die Anklage des Weineids vorliegt, teilweise sogar eine Widerlegung gegeben worden ist. Aus dem von dem Staatssekretär a. D. Helfferich gelegentlich seiner Vernehmung als Zeuge angeführten Punkten ergeben sich eine Verletzung der Eidspflicht durch Erzberger hergeleitet, erklären der Staatsanwalt und das Gericht für unmöglich.

Aufhebung des Haftbefehls gegen den Genossen Kasperek.

Zu ihrem größten Bedauern muß jetzt die nationalistische Presse mitteilen, daß der Haftbefehl gegen unsern Genossen Kasperek in Halle aufgehoben werden mußte, da der Verdacht, er sei an dem Märzputsch beteiligt gewesen, nicht mehr besteht. Die Verhaftung Kaspereks war bekanntlich der Erfolg einer wüsten Hege der Bürgerlichen, bei der mit den verwerflichsten Mitteln gearbeitet worden war. Der Rechtssozialist Hörning benützte die Verdächtigung Kaspereks, um ihn, der über sieben Monate als Landrat in Saengerhausen tätig war, wieder aus seinem Amte hinauszuschleppen. Den unbehaglichen unabhängigen Landrat haben sich die Reaktionskräfte mit Hilfe Hörnings also doch vom Halle geschafft, und das war ihnen ja schließlich die Hauptsache.

Die Lage in Oberschlesien. Die erste Zone geräumt.

Oberglogau, 29. Juni. Heute früh hat der englische General Henniker dem Führer des deutschen Selbstschutzes mitgeteilt, daß der Rückzug der polnischen Insurgenten aus der ersten im Räumungsplan vorgesehenen Zone tatsächlich beendet ist. Daraufhin hat General Hüser — gemäß den getroffenen Vereinbarungen — sofort die Umgruppierung des deutschen Selbstschutzes eingeleitet.

Berlin, 30. Juni. Der obereschlesische Berichterstatter des Vorwärts berichtet, daß die fristgemäße Räumung der vom Selbstschutz besetzten Gebiete ordnungsgemäß vor sich gehe. In den von den Polen geräumten Gebieten sind bisher nur die Städte von Ententeuppen besetzt worden, während sich die Dörfer bisher nicht unter dem Schutz alliierter Truppen befinden. Es besteht deshalb die große Gefahr, daß sich auf dem Lande neue Verstöße gegen Leben und Eigentum der deutschen Bevölkerung ereignen.

Eine Stochung.

Oppers, 30. Juni. (L.A.) Der Rückzug des Selbstschutzes bei der Säuberung Oberschlesiens kam auf die Meldung vorübergehend ins Stocken, daß die Polen die Gebiete von Lubinitz noch nicht vollständig geräumt hätten. Durch Vermittlung eines englischen Generals wurde der beiderseitige Rückzug jedoch nach kurzem Stocken fortgesetzt.

Aus Beuthen wird dem Lokalanzeiger über einen in der Nacht zum 29. Juni erfolgten Angriff der Insurgenten auf die Stadt berichtet, bei dem mehrere Geschäfte geplündert worden seien. Die französischen Truppen sollen sich dabei passiv verhalten haben.

Der Chef der französischen Militärmission in Paris.

Warschau, 30. Juni. (L.A.) Der Chef der französischen Militärmission in Polen, General Nessel, hat sich auf Ausforderung der französischen Regierung nach Paris begeben, um dort Bericht über seine Tätigkeit zu erstatten. Es verlautet, daß sein Aufenthalt in Frankreich nur von kurzer Dauer ist und er wieder nach Polen zurückkehren wird.

Der pensionierte Ehrenbach.

Der so geheimnisvoll taagende Reichsrat, dessen Schlingen eigentlich öffentlich sind, hat es verstanden, seinen Beschluß, dem Reichsanwalt Ehrenbach eine Pension zu gewähren und dabei ihm selbst keine Reichsanwaltschaftstätigkeit zur Hälfte anzurechnen, vor der Definitivität verborgen zu halten. Erst jetzt ist man auf diese Manipulation aufmerksam geworden und dabei hat sich das erquickliche Resultat herausgestellt, daß zwar die sozialdemokratischen Minister und Reichsanwalt bisher keinen Anspruch auf Pension erhoben haben, daß aber die gewählten Minister und Reichsanwalt des Zentrum, der Demokraten und nicht zu vergessen der Deutschen Volkspartei sich nicht scheuen, von der so arg besetzten Republik, von dem verarmten deutschen Volk auch noch nach ihrer Verabschiedung Ruhegehälter für die Unfähigkeit zu beziehen, mit der sie das deutsche Volk weiter an den Abgrund geführt haben. Wahrlich ein aufrechter Mann der Herr Ehrenbach und seine Ministerkollegen. Es ist anzunehmen, daß er den lieben Gott wiederum grüßen wird für seinen Idealismus.

Von Nah und Fern.

Explosion in einem Munitionslager. Meß, 30. Juni. In dem ehemals deutschen Munitionslager des Bois Bodro, fünf Kilometer von Meß entfernt, hat eine ernste Explosion stattgefunden. Das Feuer griff auf den Wald über.

Eine böhmische Textilwarenfabrik niedergebrannt. Wardsdorf (Böhmen), 30. Juni. In dem Fabrikgrundstück der Firma Janas Klein & Co., Weberei, Appretur und Spinnerei in Wardsdorf, kam ein Großfeuer aus. Die ganze Fabrik mit allen Maschinen, das gesamte Warenlager sowie das ganze Kessel- und Kalksteinhaus sind dem Feuer zum Opfer gefallen.

Ein französischer Truppentransportzug verunfallt. Lunzville, 29. Juni. Heute morgen lief ein Truppentransportzug aus den Rheinlanden mit einem Rangierzuge zusammen. Drei Soldaten wurden getötet und 17 schwer verletzt, davon drei schwer. Die Geleise waren mehrere Stunden gesperrt.

Vulkanausbruch auf der Insel Stromboli. Rom, 27. Juni. Von der Insel Stromboli verlief ein heftiger Vulkanausbruch gemeldet; die Bevölkerung verließ die Insel fluchtartig.

Schweres Eisenbahnunglück in Indien. Allahabad, 29. Juni. Eine Ueberschweemmung hat in den Eisenbahndamm bei Amritsar eine Breche gerissen. Ein Personenzug ist in die Räder hineingefahren. Die Lokomotive und zwei Wagen sind vollständig verunfallt. Man fürchtet, daß vierzig Passagiere und das Personal des Zuges ertrunken sind.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Ernst Frenzel in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Bille, Borsdorf-Leipzig. Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Wundsein der Kinder ist ausgeschlossen bei täglichem Gebrauch der als beste Kinderseife empfohlenen Myrrholin-Seife.

das Auffärbemittel für alle farbigen Schuhe ist in „Friedensqualität 1921“ wieder in Drogen-, Leder- und Schuhgeschäften zu haben. Diese Nummer umfaßt 20 Seiten.



Unser Inventur-Ausverkauf

beginnt

Montag, den 4. Juli 1921

Konsum-Verein

Leipzig-Plagwitz

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turn-Vereine

Arbeiter-Turn- u. Sportbund, 4. Kreis
 Sonntag, den 3. Juli, auf dem Gemeindeparkplatz in Leubitz, Probeturnen zum Kreisturnfest in Dresden. Vormittags von 7 Uhr an: Wettkämpfe für Turner und Turnerinnen. Nachmittags von 2 Uhr an: Turnerische Aufführungen, Mannschaftskämpfe, Stafettenläufe, Wettspiele. Während der Aufführungen Konzert. — Die Arbeiterenschaft Leubitz ist hierzu freundlichst eingeladen.
 Der Bezirksvorstand.

Wiederitzsch. Turn- und Sportverein. Freitag, den 1. Juli, abds. 7/9 Uhr, Halbjahres-Generalversammlung im Restaurant N. Bolke. Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht. D. T.

Samariter-Vereine

Arbeiter-Samariter-Bund
 Kolonne Leipzig (Abt. Westen).
 Freitag, den 1. Juli, findet für die Abteilung Westen die Halbjahres-Generalversammlung statt. Alle Mitglieder der Abteilung sind hiermit eingeladen. D. S.

Einheitsverband der Kriegsbeschädigten und Kriegs-hinterbliebenen / Ortsgruppe Leipzig
 Montag, 4. Juli, abds. 7 Uhr, in den Dreiflüssen, Kohlgartenstr. Mitglieder-Vollversammlung

Tagesordnung:
 Stellungnahme zu den Verträgen im Kriegsbeschädigten. Die Kameraden Schucht und von der Zentrale sind geladen. Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch. Der Vorstand.

Grosse Eier garantiert goldfrisch, verkauft zum Preise von **1.40** per Stück
 Mark Büschel & Cie. Berliner Str. 30. Tel. 2504.
 M. Graupner Nachf. Böttchergässchen 9 und Markthallenstand Galerie Nr. 115 Tel. 2115.

Saison-Ausverkauf

Saison-Artikel bedeutend herabgesetzt
ab 1. Juli Auf alle übrigen Artikel **10 %** die beim Einkauf in Abzug gebracht werden.

Kaufhaus **Max Sachse**
 Leipzig-Lindenau Lützner Strasse 45-47

Makulatur

hat abgegeben
Leipziger Buchdruckerei Akt.-Ges.
 Tauchaer Straße 19/21. — Fernsprecher 4596



Alleinige Fabrikanten
MITTELDEUTSCHE SEIFENFABRIK
 AKTIENGESELLSCHAFT
 Wahren-Leipzig
 Generalvertreter für Leipzig:
PAUL HUBNER, LEIPZIG
 Bayerische Str. 30. Teleph. 10081.

Konkurs-Ausverkauf

Die zur Konkursmasse Genossenschaft für Haus- und Küchengeräte gehörigen Warenbestände werden täglich von 9-1 und 3-7 Uhr Bayerische Straße 2 im Hof im Einzelverkauf sowie in größeren Posten gegen Barzahlung abgegeben. Um möglichst schnell zu räumen, werden auf die von Sachverständigen billigt abtaxierten Preise noch 10 bis 20 Prozent extra vergütet.
 Rechtsanwalt W. Schneider, Konkursverwalter.

Unser Saison-Ausverkauf

bietet diesmal Außergewöhnliches. Sie müssen unsere Fenster sehen und Sie werden davon überzeugt sein.

Enorme Preisherabsetzungen und andere außergewöhnliche Gelegenheitsangebote!

Hier nur eine kleine Auslese aus der Fülle des Gebotenen:

Damen-Blusen ... 19.50 16.50	Kostüm-Röcke 24.50	Kostüme 95.00	Seiden-Mäntel 295.00	Hut-Fassons für Damen u. Kinder 2.00 1.00
Kessel Meter 5.75	Kleiderstoff schwarz-weiß doppelbr. Mtr. 17.50	Chaiselongue-Decken 68.00 58.00	Blusenschürzen sehr gute Ware 15.50	Emaillieimer 28 cm .. 16.50 13.50
Inlett Meter 17.50	Schotten doppelbreit. Mtr. 14.50	Spannstoff Meter 8.75	Wiener Schürzen mit Volant 19.50	Zinkeimer 26 cm, schwere Ware 9.50
Hemdenflanell Meter 8.75	Voiles 120 cm breit, viele Farben Meter 19.50	Sofakissen gefüllt .. Meter 17.50	Weisse Damenhemden 28.75 19.50	Restposten graue Gummiringe Stück 5
Waschstoffe aller Art . jetzt Meter I II III 16.75 12.75 9.75	Kostümstoffe 140 cm breit Meter 28.50	Kostüm- u. Kleiderstoffe Mtr. I II III 28.50 18.50 12.50	Twist 5-Gramm-Knäuel 60	Schmortöpfe 20 cm 16 cm blau 9.50 8.50
Zephir Ia Qualität, 80 cm breit Meter 12.50	Kinderkleider von Mk. 10.50 an	Strickgarn Lage, 50 Gramm 3.50	Frottierhandtücher 16.50	Aluminium Eßlöfel 95 85, Kaffeelöffel 65, Gabeln ... 95
Körperbarchent weiß, Ia Qualität, Meter 12.50	Waschkleider für Damen farbig 55.00	Druckknöpfe Dutzend 15	Untertailen mit Stickerel. 10.50	Frühstückstasche m. Henkel 14.75
Bettzeug bunt Meter 12.75	Selbstbinder Restposten .. jetzt Stück 6.50	Rockstickerei extra breit Meter 9.75	Korselts 19.50 18.50	Marktaschen m. Lederecken 8.50
Bettzeug Bettbreite Meter 21.50	Strohsäcke fehlerhaft ... Stück 2.95 1.95	Regenschirme ganz bedeutend herabgesetzt ... 95.00 65.00	Männer-Hemden Trikot .. 16.50	Frisierkämme starke Ware 4.50 3.95
Gardinenstoffe bunt Meter 2.95 1.95		Männersocken graue, gute Ware . Paar 4.75		Badeseife extra schweres Stück .. 2.95

M. Joske & Co., Plagwitz und **Markranstädt**

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 30. Juni.

Parteiangelegenheiten.

Stadtverordnetenfraktion und U.S.P.-Gemeinderäte von Großhauer, Leusch, Wehren und Paunsdorf. Freitag, den 1. Juli, abends 7-8 Uhr, wichtige Sitzung (Eingemeindung betreffend) im Volkshaus, Café links.

Alle Genossinnen und Genossen, die in der Armenpflege tätig sind, treffen sich Freitag, den 1. Juli, abends 7 Uhr, zu einer sehr wichtigen Besprechung im Volkszeitungs-Restaurant, Tauchaer Straße. Der Hauptvorstand.

Deutscher Alt-Leipzig. Alle Kinder über 10 Jahren, die zum Gewerkschafts- und Sommerfest mitwirken wollen, treffen sich Montag, den 4. Juli, um 8 Uhr, im Jugendheim, Braustra. 17. Kinderpreise finden Freitag, den 2. Juli, um 3-6 Uhr auf der Rennbahn wie folgt: Treffen 3 Uhr am Jugendheim.

Bezirk Westen und Unterbezirk Markranstädt. Freitag, den 1. Juli, abends 7-8 Uhr in der Bibliothek des Ortsvereins L. Wagwitz, Merseburger Straße 45, S. Sitzung. Die Ortsvereine haben ein Vorstandsmitglied zu entsenden.

Gohlis. Kindernachmittag Freitag, den 1. Juli. Treffpunkt nachmittags 1/2 Uhr am Ridau-Ausschank. Sonnabend, den 2. Juli, Kinderfest. Stellen des Festzuges nachmittags 1/2 Uhr am Ridau-Ausschank.

Frauenbildungsabend V.-O.H. Freitag, den 1. Juli, abends 8 Uhr, bei Wand, Bernhardstraße 28. Kursus Fleischer. Die Genossinnen von Schönefeld und Paunsdorf sind mit eingeladen.

Gruppe 2. Die für Freitag, den 8. Juli, angelegte Versammlung findet nicht statt.

Aus dem Stadtverordnetenrat.

(Sitzung vom 29. Juni.)

Die gestrige Sitzung war nur von kurzer Dauer, in der es zu ausführlichen Debatten nicht kam. Es lagen auch nur wenige Vorlagen von allgemeinem Interesse vor. Bei den Mitteilungen, die Stadtv. Bartholomäus Segler machte, mußte wieder einmal die beschämende Tatsache konstatiert werden, daß die Stadt kein Selbstverwaltungsrecht hat. Es sind die Mittel für den Alerus, der in den städtischen (!!) Krankenhäusern tätig ist, die von der Mehrheit der Stadtverordneten abgelehnt wurden, von der Kreisverwaltung übernommen. Das nennt sich — Demokratie! Es ist die höchste Zeit, daß mit diesem autoritären System der alten Verhältnisse aufgeräumt werde. Neue Eingaben lagen eine Anzahl vor. Wir erwähnen nur den Protest des Leipziger Lehrervereins gegen den Entwurf des Reichsgesetzes, sowie die Eingabe der Vereinigung Leipziger Großhändler, die auf die Auflösung des städtischen Großmarktes dringt. Beide Fragen werden demnächst das Kollegium beschäftigen.

Das Leipziger Konservatorium.

Es lag eine Eingabe wegen der Angliederung einer Unterabteilung der Staatshochschule für Musik an das Leipziger Konservatorium vor. Das Leipziger Konservatorium lehnt eine solche Reglung entschieden ab. Es kann eine Stellung als Unterabteilung nur als Herausforderung angesehen, die alle beteiligten Kreise, besonders auch die Studierenden mit Entrüstung zurückweisen.

Die Ausschüsse stellten den Antrag, den Rat zu ersuchen, das Konservatorium in seinen Bestrebungen auf Erhaltung seiner Selbständigkeit nach Kräften zu unterstützen.

Stadtv. Frau Mendelssohn-Bartholdy betonte in der Aussprache, die Gründung einer Staatshochschule in Dresden müßte mit allen Mitteln verhindert werden. Oberbürgermeister Dr. Kothhe erklärte, die Stadt wolle das Konservatorium über Wasser halten. Eingaben an die Regierung seien zum Teil gar nicht beantwortet worden. Die Regierung müsse sich entscheiden, das Konservatorium anzuerkennen und unterstützen. Der Staat möge sich endlich aufrufen und eine Regelung treffen, die Leipzig befriedige.

Die Ausschüsse beantragten hierzu:

Übernahme der Hochschule für Frauen in städtische Verwaltung.

Der Rat beantragt:

1. vom 1. Oktober 1921 an die Hochschule für Frauen unter der Bedingung in die städtische Verwaltung zu übernehmen, daß der Stadtgemeinde die Stiftung Hochschule für Frauen mit ihrem gesamten derzeitigen Vermögen unter dem gleichen Zeitpunkt übergeben wird und daß sich weiterhin der Staat zu einer fortlaufenden Jahresbeihilfe für die Anstalt in Höhe von mindestens 28 000 Mark verpflichtet;

2. bis zu dem vorher bezeichneten Zeitpunkt der Stiftung Hochschule für Frauen zu zahlen von Konto 7 des Haushaltsplans 1921/22 zur Deckung ihres während des Sommersemesters auf laufenden Fehlbetrags eine Beihilfe bis zu 81 000 Mk. zu bewilligen.

Die Ausschüsse beantragten hierzu:

1. der Vorlage zuzustimmen,

2. den Rat zu ersuchen,

a) im § 4 des Vertragsentwurfs an Stelle des letzten Satzes zu setzen: „Insbesondere soll als Leiter der Anstalt der als Oberstudienrat bezeichnete Dr. Prüfer übernommen werden;

b) im § 5 festzusetzen, daß der Verwaltungsausschuß ein beratender Ausschuß im Sinne der Rev. Städteordnung ist, sowie daß dem Verwaltungsausschuß außer dem Schulleiter ein freigewähltes Mitglied des Lehrkörpers angehören soll, dem § 6 des Vertrags folgende Fassung zu geben: „Bei etwa notwendig werdender Neuorganisation des Direktorats erstreckt sich die Stadt bereit, die Stelle nach dem Vorschlag des Stifters zu besetzen, wenn ihr die für den Kosten vorgeschlagene Persönlichkeit geeignet erscheint.“

Der Berichterstatter, Stadtv. Herz, gedachte des Stifters und Gründers der Frauenhochschule. Einige bürgerliche Damen des Kollegiums brachten Wünsche auf den Ausbau der Schule vor. Die Anträge der Ausschüsse wurden angenommen.

Die Wehnhalle auf dem Schulplatz.

Zur Beratung gelangte ein Ratsbeschuß, dem Meckam ein Teil des Schulplatzes zum Bau einer aus Erd- und Obergeschos bestehenden Wehnhalle mit massiven Umfassungsmauern auf die Dauer von 10 Jahren nachweise zu überlassen und dabei auszuweisen, daß die Halle so gestellt wird, daß ein Schulhof vorbleibt und die Räume geheizt werden.

Bürgermeister Dr. Junck stellte den Antrag, diese Vorlage an die Ausschüsse zurückzuverweisen. Es müßte geprüft werden, ob es nicht möglich sei, durch andre häufige Maßnahmen, wie etwa die beschriebenen Hallen zweigeschossig aufzubauen, diesen Bau zu verhindern. Oberbürgermeister Dr. Kothhe sagte, eine Erhöhung der bestehenden Hallen sei nicht möglich. Frau Schumann (Komm.) wandte sich gegen den Bau auf dem Schulplatz. Die Aussteller mögen den Mehrplatz in Anspruch nehmen. Stadtv. Barth. Genosse Segler betonte, man komme zu unhaltbaren Zuständen, wenn schließlich alle Plätze der Messe zur Verfügung gestellt würden. Auch die Dauer von zehn Jahren sei viel zu lang. Deshalb sei er auch für eine nochmalige Beratung in den Ausschüssen. Obwohl sich in der weiteren Aussprache drei Demokraten, die Herren Breslauer, Weidert und Wünschmann alle Mühe gaben, dem Kollegium nachzuweisen, daß es sofort zustimmen müßte, wurde doch beschlossen, die Vorlage den Ausschüssen zurückzugeben.

Abbau der Bordelle.

Es lagen zur Beratung vor:

A. Rückübernahme des Rates, den Abbau der Bordelle vor Erlass reichs- und landesgesetzlicher Bestimmungen nicht in Angriff zu nehmen;

B. Eingabe wegen 1. Ausdehnung des Gesetzes über Entmündigung von Fürsorgepflichtigen auch auf andre Personen, die sich als soziale Schädlinge in sittlicher Beziehung erweisen 2. baldiger reichsgesetzlicher Regelung der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten usw.

Der Stiftungsausschuß beantragte:

zu A 1. den Rat und das Polizeiamt zu ersuchen, für die Uebergangszeit bis zum Inkrafttreten des neuen Reichsgesetzes Uebergangsbestimmungen zu treffen, und zwar:

a) den Bordell-Inhabern zu verbieten, neue Mädchen aufzunehmen,

b) in Leipzig kein neues Bordell und keine Kolonisation einzurichten, leerstehende Bordelle aber zusammenzulegen oder zu schließen,

c) mit Bewilligung des Leipziger Pflegamts auszubauen und ein Schulheim einzurichten, zunächst aber vorhandene Schulanstalten mehr zu benutzen, auszubauen,

2. den Rat zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß eine reichsgesetzliche Regelung bald vorgenommen wird, ferner dahin zu wirken, daß das Ministerium des Innern auch seinerseits Uebergangsbestimmungen erläßt, damit in allen Städten Sachsens eine gleichmäßige Behandlung dieser Frage gewährleistet wird.

Die sechs Protest-Versammlungen gegen den Brotwucher und die neuen Steuern

die heute abend stattfinden, müssen von der gesamten Arbeiterschaft besucht werden.

Männer und Frauen! Erscheint in Massen!

zu B 2. damit die Eingabe für erledigt zu erklären.

Der Antrag des Ausschusses gelangte ohne Debatte zur Annahme.

Stadtkinder aufs Land.

Zur Besprechung kam die erste Rückübernahme des Rates

1. auf den Beschluß, der Ortsausschuß „Stadtkinder aufs Land“ wolle im Sommer 1921 einen Versuch zur Ausdehnung zunächst mit weiblichen Schulentlassenen machen, mindestens mit 100 Mädchen, und zwar außerhalb der Summe, die für die schulpflichtigen Kinder in den Haushaltpflichtplan eingeseht ist,

2. über Aufhebung des Ortsausschusses „Stadtkinder aufs Land“ als selbständigen Ausschusses und an seiner Statt Bildung eines Unterausschusses des gemischten Ausschusses für Jugendfürsorge.

Die Ausschüsse beantragten hierzu:

a) von Punkt 1. der Vorlage Kenntnis zu nehmen,

b) den unter 2. der Vorlage genannten Unterausschuß zusammenzusetzen aus 5 Mitgliedern des Ausschusses für Jugendfürsorge, darunter dem städtischen Kinderarzt, dem Geschäftsführer der Geschäftshalle „Stadtkinder aufs Land“, weiter je einem vom Leipziger Lehrerverein und der Vereinigung der Lehrer höherer Schulen zu bestimmenden Lehrer sowie einer vom Lehrinnenverein zu bestimmenden Lehrerin, ferner aus 2 Personen, die von den Vereinigungen der Leipziger Elternräte abgeordnet werden sollen,

c) im übrigen dem Punkte 2. der Vorlage zuzustimmen.

Die Anträge der Ausschüsse wurden angenommen.

Neue Sanitätskraftwagen.

Der Rat beantragte: Beschaffung von 2 Sanitäts-Kraftwagen und Bewilligung von 195 700 Mk. hierzu. Der Stützungs- und Betriebsausschuß beantragte: der Vorlage mit der Veränderung zuzustimmen, daß an Stelle eines vieradrigen und eines dreiradrigen Krankenwagens 2 vieradrige Presto-Kraftwagen angeschafft und die Kosten von 260 000 Mk. bewilligt werden.

Bei Beratung dieser Vorlage entspann sich eine Debatte über die Zweckmäßigkeit von großen und kleinen Krankenwagen. Der Ratsvertreter, Polizeirat Dr. Aubig, meinte, die dreiradrigen Wagen hätten sich bewährt; auch wären die Transporte in ihnen billiger. Bürgermeister Wollender sprach auch für dreiradrige Wagen; sein Parteifreund Hagen aber trat auf Grund der praktischen Erfahrungen, die das Transportpersonal gemacht hat, für die großen vieradrigen Kraftwagen ein. Das Kollegium entschied sich auch für den Antrag der Ausschüsse.

Kleinere Vorlagen.

Die Eingaben wegen Einrichtung des Werkunterrichts in der 15. Volksschule, sowie wegen des Spielbetriebs in der 47. Volksschule, wurden dem Rat zur Erwägung überwiesen.

Die Eingabe wegen Errichtung einer Badeanstalt an der Weiche in L.-Connwitz wurde dem Rats zur Berücksichtigung überwiesen.

Zur Eingabe wegen Haltung von Ziegen und Schafen durch die Stadt zur besseren Milchverfolgung beantragten die Ausschüsse, die Eingabe auf sich beruhen zu lassen. Man beschloß demgemäß.

Der Rat beantragte Beschaffung von 14 Schul-Klassenchränken und Bewilligung der Kosten mit 8600 Mk. für 12 Schränke zu Lasten des Kontos der Schulgemeinde, 4 Fach- und Fortbildungsschule, und mit 1600 Mk. für 2 Schränke auf Konto 6, Schüler-Realschule, des Haushaltpflichts 1921/22.

Der Schulausschuß beantragt hierzu:

1. der Vorlage unter der Bedingung zuzustimmen, daß die in ihr vorgesehenen Mittel nur als Rechnungsgeld bewilligt werden;

2. den Rat zu ersuchen, die Klassenchränke in städtischer Regie herzustellen zu lassen, wenn die Kosten dafür nicht höher werden als bei Privatherstellung.

Der Ausschuh Antrag wurde angenommen.

Um 8 Uhr abends war die öffentliche Sitzung beendet.

Eine Führung durch die Stadtgüter Leipzigs.

Unter den Veranstaltungen des Rates der Stadt Leipzig auf der Landwirtschaftlichen Ausstellung verdient noch besonders hervorgehoben zu werden eine Besichtigung der landwirtschaftlichen Betriebe der Stadt. Sie fand, wie man uns schreibt, unter Führung des Güterdirektors Herlich Leber und unter Beteiligung von über 60 Personen, darunter auch verschiedener Ausländer, statt.

Die Besichtigung ging aus vom Klostergut Connwitz, das sich seit dem 1. Juli 1917 in Eigenbewirtschaftung der Stadt befindet. Das ehemals 400, jetzt noch 178 Acker umfassende Gut hat neben einem starken Kartoffelbau vor allem eine reichliche Viehhaltung mit Milchviehbestand. Hier interessierte die Besucher besonders die vortreffliche Anlage des Gutschöpfes und der vorzügliche Viehbestand, dessen Milchföhr in der Hauptkase Oldenburg-Rasse sind. Die Besichtigungsfahrt führte sodann durch die Connwitzer Flur hindurch zum Vorwerk Meusdorf, das seit dem 1. Juli 1918 in Eigenbewirtschaftung der Stadt ist und 246 Acker umfaßt. Diese Wirtschaft, die neben Getreide, starken Haferbau betreibt und eine reichliche Viehhaltung (Milchvieh, ebenfalls Oldenburger Rasse) sowie Geflügel- und Fischzucht aufweist, befindet sich heute wieder im besten Stande, vor allem, nachdem erhebliche Bau- und Reparaturarbeiten durchgeführt worden sind. Der Weg ging sodann zum Ratsgut Sammerfeld, das sich seit dem 1. Oktober 1917 in Eigenbewirtschaftung der Stadt befindet und 244 Acker umfaßt. Hier besteht der Betrieb hauptsächlich aus Rindvieh- und Pferdeaufzucht, Milchviehhaltung, Schweineaufzucht und auch; vor allem der vorzügliche Viehbestand interessierte die Besucher, namentlich auch die finnländischen Gäste, sehr. An die Hofbesichtigung schloß sich ein Rundgang auf die benachbarten Felder, auf denen außer Getreide, starken Kartoffelbau betrieben wird. Von den von der Stadt selbstbewirtschafteten ging die Fahrt zu zwei verpachteten Gütern, Stifsgut Seehausen, das 330 Acker umfaßt und Rittergut Plaunzig, 642 Acker groß. Die Besichtigungsfahrt dürfte bei allen den Eindruck hinterlassen haben, daß die Stadt Leipzig in der Methode, wie sie ihre Güter selbstbewirtschaftet, auf dem besten Wege ist.

Zum Schiedspruch im Bankgewerbe nahm am Mittwochabend eine im Jentraltheater tagende große Versammlung der Bankangestellten Stellung. Die Referate hatten Gauleiter Klassenbach und Müller übernommen. Eine lebhafte Diskussion schloß sich an die Referate an. — Wir bringen morgen einen ausführlichen Bericht.

Gesperrt wird für den durchgehenden Fahrverkehr in der Richtung Kristall-Palast-Baitenberg die Tauchaer Straße zwischen Wintergarten- und Hofmeisterstraße vom 1. Juli d. J. ab während der etwa zwei Wochen dauernden Straßenbahnarbeiten. Der Straßenbahnverkehr wird aufrecht erhalten. Auf die Dauer dieser Sperrung wird die Marienstraße, die in der Richtung Schützen-Salomonstraße für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt ist, ausnahmsweise für diesen Verkehr geöffnet, dagegen in umgekehrter Richtung für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.

Übung des Arbeiter-Samariterbundes. Die Kolonnen Leipzig, Taucha und Eilenburg veranstalteten, wie man uns schreibt, gemeinsam eine größere Übung in der Dübener Heide. Die Kolonne Leipzig fuhr Sonnabend, 25. Juni, nachmittags 3 Uhr, von Leipzig nach „Station Notes Haus“ bei Eilenburg, unterwegs die Kolonne Taucha mitnehmend. Am Sonntag früh 6 Uhr 30 Min. erfolgte der Abmarsch ins Gelände, nachdem die Eilenburger Genossen hoch zu Staube angekommen waren. Die Jugendabteilung Eilenburg der Touristenvereine unter Führung des Genossen Sander war schon 14 Kilometer marschiert und stand gleichfalls marschbereit, um als Objekt zu dienen. Annahme der Übung: Ueber die Heide ist ein furchtbares Unwetter, verbunden mit einer Windstöße, niedergegangen. Eine größere Übungsgesellschaft ist von dem Unwetter mitten im Wald überfallen worden. Bäume sind entwurzelt, Ästbrüche vorhanden, so daß dadurch viele Verletzungen vorgekommen sind. Der Blick war in eine Gruppe gefahren. Die Kolonne war in Gefahr durch einen Radfahrer alarmiert worden. Gemeinsam 180 Mann in Jüden und Gruppen eingeteilt, eilten sie an die Unfallstelle. Durch abschließliche fähige Ortsangabe der Unfallstelle, die größtenteils durch Aufsehung der roten, die in der Umgegend keinen Befehl wissen, verurteilt war, mußte die ganze Kolonne auf der Linie auslöschwärmen und in einer Breite von dreihundert Meter den Wald durchstreifen. Die Verbandstruppen hatten schnell Notverbände angelegt, während dann die Transporttrupps, auf schnell gebauten Tragen von umherliegendem Holz (einige waren mustergültig hergestellt worden) die Verletzten eine Stunde nach Verbandstation „Torhaus“ trugen. Hiermal mußte der Wald durchquert werden, bis man alles geborgen hatte. Mittags 12 Uhr wurde der letzte Verletzte herangezogen. Herr Dr. Weiser (Leipzig) hatte die Leitung der Verbandstation. Kolonnenführer Genosse Julius ließ die Kolonne im Vierer aufstellen. Herr Dr. Weiser übernahm die Kritik. Ueber die Leistungen war er befriedigt. Verbände vorschrittsmäßig, Tragen korrekt, da er selbst als Augenzeuge im Walde das Ausheben und den Abtransport einzelner gesehen hatte. Da nicht jeder einzelne Orientierungskarten, die anerkannt worden waren, hatte (bloß Zug- und Gruppenführer), fiel es manchem schwer, sich im Gelände genau zu orientieren. Am Stand der Sonne mittels der Faldenuhr erklärte der Herr Doktor, wie leicht man die Himmelsrichtung feststellen kann. Ferner mußten die Gruppenführer, die den Patienten unterlucht haben, das Resultat jedem Transportträger mitteilen, damit auf Anfrage jeder antworten kann. Die weiblichen Teilnehmer waren als Pflegerinnen auf der Verband-

Flugblattverbreitung im Bereich Groß-Leipzig.

Die Ausgabe erfolgt Sonnabend, den 2. Juli, und Sonntag, den 3. Juli, in den bekannten Stellen. Der Hauptvorstand.

Wohnungswucher. Man schreibt uns: Ich beschleunige in den nächsten Tagen zu heiraten, habe aber, wie so mancher Leidtragende, noch keine Wohnung. Da an eine eigene Wohnung nicht zu denken ist, wollte ich einige Zimmer mieten. Auf eine Annonce in den V. N. N., drei möblierte Zimmer nebst Küche an Ehepaar zu vermieten, Weihenfelder Straße 11, stürzte ich dranslos. Da mir die Zimmer als Notbehelf zusagten, fragte ich ganz schlicht nach dem Mietpreis. Prompt und fest wurde mir die Preisfrage gelöst, und zwar: 800 M. In Worten: Acht hundert Mark für ein großes, annehmbar möbliertes Zimmer, zwei dagegen primitiver und eins leer. Ich fragte nochmal, ob für den Monat oder das ganze Jahr. Ganz entgeistert wurde mir geantwortet, nein, 800 M. für einen Monat. Warum kann die betreffende Wohnung nicht wie in der 1. Etage, für zwei Familien hergerichtet werden? Oder ist es unbedingt erforderlich, daß eine kleine Familie eine 7 oder 8-Zimmerwohnung besetzt, in einer Zeit, wo ihre Mitmenschen quasi wohnungslos auf der Straße liegen? Es wäre wirklich an der Zeit, wenn das hochbühliche Wohnungswesen dort zugreifen würde, wo es wirklich nottut.

Zentrale der Jugendfürsorge. Die Helferkommision für Juli kann besonderer Umstände halber erst am 8. Juli stattfinden und zwar auch dann 1/2 Uhr im Saale des Landgerichts, Dorfstr. 2. Es wird den Helfern der Entwurf eines Verwaltungsverfahrens vorgelegt werden.

Profetat. Freidenker. Dessenfällige Mitgliederversammlungen finden jeweils abends 1/8 Uhr statt: Freitag, 1. Juli, im Osten, Naumanns Gesellschaftshaus; Montag, den 4. Juli, Alt-Leipziger, Frankfurter Torhaus und Völkisch-Chrenberg, Große Elbe; Mittwoch, den 6. Juli, Stützer, Papiermühle; Donnerstag, den 7. Juli, Wahren, Wilhelmsbach und Connewitz, Gambrius; Freitag, den 8. Juli, Weiden (Magisch-Vindau) 2 Linden, und Schneefeld, Sächsischer Hof; Montag, den 11. Juli, Modau, Kaiserlicher; Dienstag, den 12. Juli, Paunsdorf, Albertsberg, und Hof; Resturant Gaisberg; Donnerstag, den 14. Juli, Albinshöcher, Bürgergarten; Sonnabend, den 20. Juli, Großschlocher, in allen Versammlungen Referate religiöser, oder naturwissenschaftlicher Inhalts. Anmeldungen, Auskünfte auch in Feuerberühmungsangelegenheiten usw. Recht zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Die Bezirksleitung des Zentralverbandes profetat. Freidenker, Groß-Leipzig.

Polizei-Verordnungen

Der fassche Schularzt ermittelt weitere Verletzte gesucht seiner junge Mann, der sich in der zweiten Hälfte des Monats Mai d. J. in der Sidonienstraße hier in zwei Fällen fälschlich als „Schularzt“ ausgegeben und auch in dieser Eigenschaft „Untersuchungen“ an Knaben und Mädchen vorgenommen hatte, ist jetzt festgestellt worden. Er entpuppte sich als 21-jähriger stellenloser Handlungsgehilfe von hier. Das ihm zur Last gelegte gibt der Festgenommene unumwunden zu und will außerdem noch in zwei weiteren Fällen, und zwar in der Delitzscher und in der Eifenstraße, in gleicher Weise aufgetreten sein. In der Eifenstraße will er einen Knaben und ein Mädchen und in der Delitzscher Straße nur ein Mädchen, in beiden Fällen in Gegenwart der Mütter, untersucht haben. Ueber diese beiden Fälle liegen Anzeigen bei der Kriminalabteilung jedoch noch nicht vor; es ist aber von größter Wichtigkeit, daß sich die Eltern der betreffenden Kinder möglichst sofort nach bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Postzeit meldeten.

Sportkatechismus

Turner. Heutige Aufstellung zweier Heiligtümer-Männchen für das Fest in Dresden zur Erinnerung an die Gedenkfeier des 100. Jahrestages der Revolution vom 18. März 1848. Die Mannchen sind aus Gips gefertigt und haben die Gestalt eines Mannes mit einem Helm und einer Axt. Sie werden am 1. Juli in der Gedenkfeier in Dresden aufgestellt. Die Gedenkfeier wird am 1. Juli in der Gedenkfeier in Dresden abgehalten. Die Gedenkfeier wird am 1. Juli in der Gedenkfeier in Dresden abgehalten.

Kampfrichter. Zum Probeexamen am 3. Juli müssen die Kampfrichter 1/2 Uhr in der Gedenkfeier in Dresden aufgestellt werden. Die Gedenkfeier wird am 1. Juli in der Gedenkfeier in Dresden abgehalten. Die Gedenkfeier wird am 1. Juli in der Gedenkfeier in Dresden abgehalten.

Sporthaus. Die Sporthaus-Competitionen für den 3. Juli sind in der Gedenkfeier in Dresden aufgestellt. Die Gedenkfeier wird am 1. Juli in der Gedenkfeier in Dresden abgehalten. Die Gedenkfeier wird am 1. Juli in der Gedenkfeier in Dresden abgehalten.

V. Böhm. Sonnabend, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im Park Hotel, Gohlis, Gesellschaftlicher Abend. ...

Zentralverband. ...

Freidenker. ...

Sportkatechismus. ...

Freizeitsport. ...

Kuhballabteilung Völkisch-Chrenberg. Freitag, 1. Juli, 7.30 Uhr. ...

Freizeitsport. ...

Freizeitsport. ...

Sächsisch-Angelegenheiten. Aus dem Landtage. Der Landtag wird heute voraussichtlich auf längere Zeit auseinandergehen, nachdem er in den beiden letzten Tagen noch eine Reihe dringender Sachen erledigt hat. ...

Freizeitsport. ...

Freizeitsport. ...

Freizeitsport. ...

Freizeitsport. ...

Unser Saison-Ausverkauf beginnt am 1. Juli früh 8 Uhr

Was wir bringen - kann Ihnen nur ein Spezialgeschäft bieten. Wir führen anerkannt erstklassige Qualitäten in ganz hervorragenden Farben, Mustern und in reichhaltigster Auswahl. Unsere Vorräte in reinwollenen und halbwollenen Kostümfabrikaten, Kleidern, Dirndlstoffen, Frotté, Eolienne, Gabardine, Taffet, Crêpe de Chine, sowie Herrenstoffen werden zu nie wiederkehrenden Preisen verkauft.

Einige Beispiele:

Dirndlstoffe	in reicher Auswahl, geblümt und kariert Mk. 18.50 14.75	11 ⁹⁰	Voile	in vielen modernen Farben und Mustern Mk. 38.50 30.00 22.50	12 ⁹⁰
Opal	in hell und dunkel gemustert, waschbar, 110 cm breit Mk. 17.50	14 ⁹⁰	Frotté	alle Farben, glatt und gemustert Mk. 37.50 22.50	19 ⁵⁰
Taffet	in guter haltbarer Qualität, alle modernen Farben, grobe Breite Mk. 78 ⁰⁰	78 ⁰⁰	Herrenstoffe	in gross. Mustervorrat, halbhoh. Qual., 135/140cm breit Mk. 92.25 85.50 76.00	52 ⁰⁰

Besichtigen Sie unsere 5 großen Schaufenster!

Pörsch & Kornills, Erstes Spezialhaus für Kleiderstoffe

Grimmische Strasse 2-4.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210630/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sunger

Roman von Knut Hamsun.

Einzig berechnigte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Maria von Borch.

Ich sagte nichts, machte nicht einmal den Mund auf, sondern...

Ja, wenn Sie mich los sein wollen, Madame, so steht dem...

Er stand auf, der andre auch. „Nein, Dich meine ich nicht. Und Dich auch nicht.“...

Sie sprach abgerissen, versehte mit diese Stiche in kleinen...

Alles dies ging mir in diesem verzweifeltsten Augenblick im...

„Er hört nicht!“ rief sie. „Ich sage Ihnen, daß Sie sich zum...

Ich blicke nach der Tür, nicht um zu gehen, durchaus nicht um...

Da plötzlich wachte ich die Stimme meines Wirts in das...

„Nein, das geht nicht, nachts kann man die Leute nicht aus...

Ich wachte nicht, ob Strafe darauf stand, ich vermochte es nicht...

Als ich mich endlich ins Wohnzimmer begab, um schlafen zu...

„Das ist aber die letzte Nacht, daß Sie hier schlafen, merken...

„Ja, ja!“ entgegnete ich.

Morgen würde wohl Rat zu einem Obdach werden, wenn ich...

Ich schließe bis fünf, sechs Uhr morgens. Es war noch nicht...

Einige Konstabler, die Nachtdienst gehabt hatten, waren die...

Ich trieb mich ohne Zweck und Ziel umher, kam in die Kirche...

Ich erwachte davon, daß mehrere Leute in meiner Nähe...

Ich stand auf und ging. Die Sonne stieg über den Hügel...

„Was fehlt Ihnen?“ fragte ein Mann.

Ich antwortete nicht, eilte nur fort und verberg das Gesicht...

Ich kam nach den Quais hinunter. Ein großes Barkschiff...

hatte, und wenn die Kohlenträger mit ihren schweren Stiefeln...

Die Sonne, das Licht, der salzige Hauch vom Meere her, dies...

Ich versuchte eine Replik für einen Wächermund zu bilden...

Wenn ich jetzt nur ein Obdach hätte! Ich überlegte und saam...

Vor der Tür blieb ich stehen und überlegte noch einmal. Ja...

(Vortelung folgt.)

Das städtische Schauspiel.

In der Nummer der L. B. vom Freitag schildert Gen. G. M....

Beachtenswert ist die Anregung, daß sich die Organisationen...

Das Arbeiter-Bildungs-Institut. Otto Schmidt.

Kleine Chronik.

Spiritus aus Karbid.

Das zu Beleuchtungs- und Schwelungsmedien vielbe-

waltung für einträglich, der Karbid-Spiritusbereitung näher zu...

Erste Aufführung der Opernschule des Konservatoriums der...

Aus dieser Aufführung können die Dresdner Befürworter...

Konzerte. Anlässlich der Universitätswoche gab der...

Städtisches Theater. In den Schwanen-Pokal und Perlmutter...

Schauspielhaus. Am Sonnabend findet die 25. Aufführung...

Der sechste Kriegsverbrecherprozess.

Am Mittwoch begann vor dem Reichsgericht der Prozess gegen den Generalleutnant a. D. Karl Stenger und den Major a. D. Benno Crusius. 54 Zeugen und 5 Sachverständige sind zu dem 6 Tage dauernden Prozess geladen.

Stenger, der während des Krieges ein Bein verloren hat, erscheint an Krücken in reich mit Orden beladener Generalsuniform. Sein Verteidiger ist Dr. Lemke-Bremen. Crusius wird von Dr. Jihau-Torgau verteidigt. — Das den „besseren“ Kreisen angehörende Publikum ist wieder sehr zahlreich vertreten.

Der Reichsanwalt hat nur gegen Crusius, nicht aber auch gegen Stenger Anklage erhoben, da das Ermittlungsverfahren keine ausreichenden Verdachtsmomente ergeben habe.

Von den Franzosen wird ihm vorgeworfen, im August 1914 als Kommandeur der 58. Brigade befohlen zu haben, alle gefangenen Franzosen, auch wenn sie in größeren Einheiten gefangenommen würden, zu töten.

Gegen Crusius wird die Anklage erhoben, am 21. und 26. August 1914 unter Mißbrauch der Dienstgewalt Untergebene zur Tötung französischer Kriegsgefangener aufgeföhrt zu haben. Am 21. August soll er versucht haben, einen solchen zu töten und am 26. August mindestens 7 Gefangene vorsätzlich aber ohne Ueberlegung getötet haben.

Stenger ist seit 1878 Offizier. Am 21. August befand sich seine Brigade in der Verfolgung des am 20. August geschlagenen Feindes. Beim Ueberfahren des Exerzierplatzes von Saarbürg passierte er mit seinem Stabe zu Fuß einen Raum, in dem zahlreiche feindliche anscheinend tote lagen. Plötzlich erhielten sie von diesen von hinten her Feuer. Er äugerte sich zu seinem Stabe, solche Feinde müsse man eigentlich an Ort und Stelle tötschicken. Es ist aber damals nichts dergleichen geschehen. Er hat auch nie befohlen, entwaffnete oder verwundete Feinde zu töten.

Am 26. August befand sich die Brigade in einer schweren Waldschlacht und er befahl die zahlreichsten Meldungen, daß die Feinde sich tot oder verwundet stellten und auf die Linien, die durchgegangen waren, von hinten schossen. Auch durch Erheben der Arme hätten sie sich scheinbar gefangen gegeben, um dann von hinten wieder zu schießen. Auf den Bäumen postierte feindliche Maschinengewehre hätten sich verborgen gehalten und ebenfalls die vorgegangenen deutschen Truppen vom Rücken aus beschossen.

Er habe in Ausführung der Pflicht, die Truppen zu schützen und Verluste zu vermeiden, seiner Umgebung und den vordemarschierenden Truppen zugerufen, aber nicht in Befehlsform: „Müht euch davor, es kommt nicht darauf an, Gefangene zu machen, sondern sich zu wahren und zu schützen, schießt die Leute von den Bäumen herunter wie die Spahen!“

Wenn das von Offizieren als Befehl aufgefaßt wurde, so ist es doch von ihm nie als Befehl gegeben worden. Er weist auch auf die Tatsache hin, daß seine Brigade eine große Anzahl Gefangene gemacht habe, und daß er selbst mit verwundeten feindlichen Soldaten sich unterhalten hat und sie gut verpflegen ließ.

Der Präsident hält ihm vor, daß der Regimentskommandeur Neubauer gerügt habe, daß Gefangene gemacht wurden, das sei durch Befehl von General Stenger verboten. Stenger gibt an, daß am 26. August verschiedene Meldungen an ihn kamen, daß deutsche Soldaten mit durchschnittenen Röhren und ausgeflohenen Augen aufgefunden wurden. Er hätte die Soldaten immer nur warnen und sie auffordern wollen, sich auch nach hinten zu schützen. Es handelte sich nicht um wehrlose unbewaffnete Feinde, sondern um Waffe gegen Waffe. Einen Befehl habe er nie gegeben. — Trotzdem aber haben die Offiziere es als Befehl aufgefaßt. Aus Tagebüchern der Mannschaft geht hervor, daß befohlen wurde, alle Gefangenen seien umzubringen auf Befehl des Generals Stenger.

Stenger gibt zu, daß die Kriegslage nie Anlaß geben könne, wehrlose Gefangene zu töten, er würde das unbedingt verhindern haben.

Der Oberreichsanwalt hält ihm vor, Crusius behaupte, Stenger hätte am 21. August den Befehl schon am frühen Morgen vor dem Vormarsch gegeben, alle auf dem Schlachtfelde verwundeten liegenden Franzosen seien zu erschließen. Stenger bestrittet das entschieden; einer dergleichen Befehl habe er nie gegeben. — Es ist ihm auch gänzlich unbekannt, daß er am 26. August, als ein Unteroffizier 3 Gefangene brachte, zu einem Offizier gesagt habe: „Was lange ich nun mit den Leuten an. Es macht einen schlechten Eindruck, wenn ich sie erschließen lasse!“ Er hätte sie dann hinter den Wald führen lassen.

Aus seiner früher zu Protokoll gegebenen Aussage geht hervor, daß er gesagt hat: „Gefangene können wir heute nicht gebrauchen!“

Der Angeklagte Crusius will am 26. August geistig nicht ganz normal gewesen sein. Er ist zusammengebrochen, ein paar Wochen in der Heimat gewesen und wieder an die Front gekommen, wo er nach einigen Monaten abermals zusammenbrach. Er ist dann wieder an die Front gekommen, wo er bei einer Kämperei am Weichholzabend Punschessenz trank und in der Trunkenheit deutsche Soldaten für Russen hielt und auf sie schoß. Auch an der Westfront an der er sich später wieder befand, brach er abermals geistig zusammen. Es ist ihm nicht mehr bekannt, daß er dem untertuchenden Arzt gesagt hat, die Ereignisse vom 21. und 26. August, namentlich die Tatsache, daß er damals Gefangene habe erschließen lassen, lasteten schwer auf ihm und ließen ihm keine Ruhe. Crusius erzählt im Gezenjah auf Stenger, daß am 21. August

früh zwischen 6 und 7 Uhr, an einer Kapelle, bevor die Schützenlinie sich in Bewegung setzte, der General befohlen habe, sämtliche auf dem Schlachtfelde verwundet liegende Franzosen seien zu erschließen. Er ist zu seiner Kompanie gegangen und hat den Brigadefehl von Mund zu Mund weitergeben lassen. Beim Vorgehen traf er einen auf dem Rücken liegenden Unteroffizier, den der Major Müller, der Bataillonskommandeur, durch einen Mann habe erschließen lassen. Major Müller hätte zweimal den Befehl dazu gegeben und dem Mann zugesprochen, ob ihm der Brigadefehl nicht bekannt sei. Ein anderer Gefangener, der von den Leuten mit Raffee gelobt wurde, ward auf Befehl des Majors Müller auch erschossen, obgleich er flehentlich auf den Knien um Erbarmen bat und den Eherring zeigte. Müller ist einige Tage darauf gefallen.

Crusius erklärt auf Befragen des Präsidenten, ob es wahr sei, daß ohne jede Gefechtsfähigkeit Gefangene und Verwundete erschossen worden seien, daß ausschließlich Verwundete erschossen worden seien! — Die Behauptung des Regimentsarztes, daß er zwei Alpenjäger habe erschließen lassen, erklärt Crusius für unwahr.

Als am 26. August das Regiment 112 eingeseßt wurde, befahl Stenger: „Es werden keine Gefangene gemacht es wird kein Parдон gegeben und kein Parдон gefordert!“ Stenger habe auch in die Truppe gerufen: „Bringt mir ja keine Gefangene zurück!“ Das sei ihm von einem Mann seiner Kompanie geschrieben worden.

Stenger schiebt die abweichende Aussage des Crusius auf dessen damalige nervöse Erregung. Am 26. August sei ihm Crusius in einem völlig geistigen Zusammenbruch begegnet. Am 27. August wurde er deshalb abgelöst.

Dem Nervenarzt Dr. Sernau hat Crusius schon im September 1916 erklärt, daß dieser Zusammenbruch erfolgt sei, weil er in der Schlacht bei Saarbürg verwundete Franzosen habe auf dem Schlachtfelde erschließen lassen müssen. Er habe den Befehl selbst aus dem Munde des Generals gehört.

Zeugenernehmung.

Generalmajor A. Neubauer wird darauf aufmerksam gemacht, daß Zeugen ihn selbst völlerrechtswidriger Handlungen beschuldigen. Er hatte am 21. August den Eindruck, daß Kugeln von verwundeten Franzosen ihn umschwirren. Er ordnete an, daß die zwischen Toten und Verwundeten liegenden Gewehre zerstört werden. Er hält den in Frage stehenden Befehl Stengers für ausgeföhrt und weiß nichts davon; er würde ihn auch nicht für zulässig gehalten haben. Auch am 26. August hat er keinen Befehl Stengers, Verwundete zu töten, gehört. Er ist immer in dessen unmittelbarer Nähe gewesen. Als Regimentskommandeur würde er von Stenger den Befehl in erster Linie erhalten haben und nicht die Kompanieföhrer.

Crusius hält seine Angaben voll aufrecht. Neubauer will aber den Befehl nicht gehört haben. Er will insolgedessen auch nie zu den Soldaten gesagt haben, sie dürften niemand gefangen nehmen; es sei Befehl vom General Stenger. Wenn es unbedingt festgestellt wäre, daß die feindliche Truppe zu einem solchen Verhalten instruiert war, würde er einen solchen Befehl billigen. Er hatte den Eindruck, daß an der gesamten Front eine solche heimtückische Kampfmethode der Franzosen stattfand.

Crusius ist seiner Schilderung nach am 26. August aus dem Walde gestürzt gekommen mit dem Rufe, es sei alles verloren, er hätte keinen Mann mehr, rette sich wer kann! Er hätte ihm besohlen, sich sofort nach rückwärts zu bewegen und sich krank zu melden, da er ihn für trübsinnig hielt. Die Angaben in den Tagebüchern der Soldaten erklärt er aus dem Bedürfnis der Soldaten, sich interessant zu machen.

Crusius hält dem Zeugen vor, daß er am 26. August den Truppen zugerufen habe, sie sollten keinen Parдон geben. Neubauer erklärt darauf in spöttischem Tone: „Ich habe meine sämtlichen Äußerungen von diesem Tage nicht aufgeschrieben!“

General Edermann war damals Regimentskommandeur und hat nie einen schriftlichen Befehl erhalten, auch nie einen mündlichen. Erschießungen sind ihm auch nicht bekanntgeworden. Die Stimmung unter den Offizieren und Mannschaften war deshalb besonders erbittert, weil sie das Gefühl hatten, daß Frankreich Deutschland überfallen habe. Es ist ihm von seinem Adjutanten mitgeteilt worden, Major Müller habe Gefangene erschließen lassen.

Er würde Leute auch erschließen haben, wenn er hätte annehmen können, daß sie beim Rücktransport die erste beste Waffe ergreifen würden, um ihn anzugreifen.

Dr. Döhner war Bataillonsarzt und hörte am 21. August den Hauptmann Crusius laut schreien: „Wollt ihr den Brigadefehl nicht ausföhren?“ Ein Mann sagte zu ihm, sie sollten Gefangene, die verwundet umherlagen, erschließen. Die Verwundeten lagen hinter der Schützenlinie. Er hatte den Eindruck, daß die Deutschen von hinten beschossen wurden. Die Leute sagten zu ihm: „Das können wir nicht!“, und weigerten sich, die Verwundeten zu erschließen. Crusius war in außerordentlicher Aufregung. — Im Dorfe Hellen lagen in einer Scheune verwundete Franzosen, von denen ihn ein Kapitän angreifen wollte, obgleich er als Arzt erkenntlich war. Ein deutscher Soldat tötete den Kapitän durch Kopfschuß. Auf dem Wege nach dem Dorfe fand der

Zeuge französische Gewehre mit Dummhahnenköpfen, auch Tornister mit Bäcklein, Soldatenbekleidung. Die Schußwunden vieler deutscher Soldaten waren auch auffallend zerfleht.

Am 26. August wurde ihm Crusius in vollständiger Aufregung zugeführt. Er sandte ihn zurück. Der Regimentsarzt habe ihm dann gesagt, es sei recht gut gewesen, daß er Crusius zurückgeschickt habe, der mache ja lauter Dummheiten und wolle sogar Gefangene erschließen.“

Der General hätte niemals Gefangene auf die Seite führen lassen, sondern sie ruhig ausgefragt und sich mit ihnen unterhalten. Es bestand aber das Gefühl, daß ein ähnlicher Befehl gegeben worden sei. Am 27. August hat der Zeuge nach Hause geschrieben: „Auch wir haben selber Verwundete erschließen müssen, die uns von hinten angriffen.“

Der Zeuge erzählt weiter, wie durch Franzosen deutsche Sanitätsmannschaften mit dem Giasarzt Trepe beschossen wurden, trotzdem sie mit der Roten Kreuzfahne winkten. Das gleiche ist ihm auch am andern Tage selbst passiert.

Der Zeuge Lange ls bezeugt, daß Crusius später in Mühlhausen ab und zu an geistigen Störungen litt.

Der Zeuge Grimberger war aktiver Soldat im Regiment 112. Sein Kompanieföhrer habe am 21. August befohlen, sämtliche Verwundete und einzeln Betroffene sollten erschossen werden, das sei Brigadefehl. Er hat dann gesehen, daß ein Badenfer einen Verwundeten auf Grund dieses Befehls erschöß. Beim Ueberfahren des Exerzierplatzes wurden hinter unserm Rücken noch mehr Verwundete erschossen. Am 26. August hat Crusius den Befehl aufs neue gegeben. Der Zeuge war im Waldgefecht in der ersten Linie. Von Kameraden wurde ihm erzählt, daß die zweite Linie alle verwundet Daliegenden erschossen habe.

Die Leuzsicher Märzaktion vor dem Ausnahmegericht.

K. Am dritten Osterfeiertag kam es in Betrieben in Leuzsch zu gewaltsamen ArbeitsEinstellungen. Diese Vorgänge hatten jezt ein größeres Nachspiel vor dem außerordentlichen Gericht in Dresden. Die Anklage lautete auf Beihilfe zum hochverräterischen Untertun, Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch verbunden mit Rädelsführerschaft und dergleichen Delikten, und richtete sich gegen den Modellschleifer Johann Karl Schied, 23 Jahre alt; die Arbeiter Karl Erich Söhne, 20 Jahre alt, Hans Willi Klau s, 25 Jahre alt, Otto August Schmidt, 40 Jahre alt, Kurt Hermann Hirsch, 21 Jahre alt, Karl Hans Stölze l, 21 Jahre alt, Friedrich Hermann Rebe, 60 Jahre alt, die Dreher Gerhard Paul Martin, 30 Jahre alt, Willi Paul Müller, 18 Jahre alt, Friedrich Artur Rebe, 24 Jahre alt, den Kaufmann Harry Pfeil, 17 Jahre alt, den Schlosser Kurt Erich Berger, 20 Jahre alt, den Schmittwarenhändler Polar Eduard Krndt, 41 Jahre alt, den Former August Johann Bieheweger, 38 Jahre alt und den Kernmacher Paul Hugo Weich, 18 Jahre alt, sämtlich in Leuzsch-Leuzsch oder Umgegend wohnhaft. Den Vorhng führte Landgerichtsdirektor Seifert, die Anklage vertrat Staatsanwaltschaftsrat Dr. Bierling, die Verteidigung hatten die Rechtsanwälte Dr. Graf-Leipzig und Dr. Glaser-Dresden übernommen. Zur Aufklärung des Sachverhalts waren 23 Zeugen geladen; gegen einen weiteren Angeklagten, den 1899 zu Blichowsberga geborenen Schlosser Kurt Max Albert Pfeiffer, der nicht erschienen war, wurde das Verfahren abgetrennt. Nach der Anklageschrift soll Schied, der in der Gemeinde Leuzsch als Vorhngender des Erwerbslosenrats eine führende Rolle spielt, am dritten Osterfeiertag, morgens 8 Uhr, in einer öffentlichen Versammlung vor dem Gemeindevorstand eine Ansprache gehalten und zum sofortigen Eintritt in den Generalkstreik aufgeföhrt haben. Weiter soll Schied gesagt haben, wo in den Betrieben dazu keine Reizuna bestehe, müssen diese instematisch geräumt werden, vor allen Dingen seien die Kesselfeuer herauszunehmen. Schied soll gewissermaßen die Versammlungsbesucher aufgereizt haben, die dann sofort vor und in die Betriebe zogen, um die eben gehörten Worte in die Tat umzusetzen. So wurden nacheinander die Betriebe der Firmen Ehrhardt, Holzwarenfabrik, Wommerwerke, Maschinenfabrik, Ferner Schumann u. Co., Gießerei; J. A. Diebold, Metallwarenfabrik; Wagner u. Zintelsen, Möbelfabrik; Klein u. Ungerer, Maschinenfabrik; Teichert, Schraubensfabrik; Jacoby u. Eichhorn, Holzbearbeitungsmaschinenfabrik; Springer u. Müller; Körtling u. Mathiesen, Vogenslampenfabrik, und Firma Flemming, Pianomachinenfabrik, stillgelegt und die ArbeitsEinstellung erzwungen. Im Hofe der Firma Ehrhardt hatten die Demonstranten herumliegende Stücken Ratten ergriffen und dort unter anderem dem Vorhngenden des Betriebsrats Schierer zugerufen, wenn er nicht gleich mache, daß er wegkomme, erhalte er eins vor den Wank, daß er sofort zusammenbreche. Bei der Firma Wagner u. Zintelsen soll Schied zum Betriebsrat gesagt haben, er sei jezt der verantwortliche Aktionsausführer. Weiter soll Schied dem Fabrikbesitzer Klein gegenüber zugerufen haben, bis jezt seien seit der Revolution nur Knöpfe abgeknippen worden, jezt werden aber Köpfe abgeknippen, während andererseits bei der Firma Springer u. Müller gerufen wurde, es solle sofort Schlach gemacht werden, sonst würde das Tor gesprengt und die Fabrik gekürrt werden.

Der Angeklagte Schied, der sich in Unterzuchungshaft befindet, hat eine ausführliche Darstellung der Erwerbslosenlage

Schuh-Bazar JOSKE Windmühlenstrasse 8-12

Ab Freitag, den 1. Juli

Saison-Ausverkauf

zu beispiellos billigen Preisen.

Meine bekannte Leistungsfähigkeit bietet Ihnen die grössten Vorteile! — Mein Riesenlager bringt Jedem das Richtige!

Farbige Schuhwaren

Einzelpaare und Restbestände sind im Preise ganz besonders herabgesetzt

Beachten Sie bitte meine Schaufenster.

Hochwertige Ware zu niedrigen Preisen.

In der Gemeinde Leutzsch, er entrollte weiter die Ziele des Kommunismus und legte auch dar, was mit den Demonstrationen am dritten Osterfeiertag bezweckt wurde. Mehrfach erging sich dieser Angeklagte in heftigen Ausfällen gegen Zeugen, Gericht und Staatsanwalt, sowie gegen die jetzige Regierung und Rechtsordnung, so daß ihn der Vorsitzende wiederholt ernstlich in die Schranken zurückweisen mußte. Alle andern Angeklagten wollten nur Mittäter gewesen oder ganz unschuldig sein.

Zunächst erklärten die Angeklagten Schied und Klaus, daß sie das außerordentliche Gericht und deren Beschlüsse nicht anerkennen vermögen. Schied behauptete, in der Fabrik von Schumann seien die Demonstranten mit Holzstücken und Latzen beworfen worden, er habe das verhindert, damit nichts geschehe in der Erregung. Der Angeklagte Müller gibt zu, daß er seinerzeit bei Feststellung des Tatbestandes zum Kriminal-Oberinspektor Schaller gesagt habe, Klaus hätte heute gesucht zum Farnläuten, wer nicht mitmache, bekomme Keile, ob das aber wirklich dieser Mitangeklagte gesagt habe, darauf könne er sich nicht mehr besinnen. Rebe sen. will nur deshalb in einem Fabrikbetrieb gelaufen sein, um nachzusehen, ob sich sein Sohn mit unter den Demonstranten befinde, er gibt auf Vorhalte zu, daß er früher zugefanden habe, er sei deshalb mitgelaufen, damit ihm von den Kollegen niemand etwas nachreden kann. — Ein ganzer Teil der Beschuldigten bestritt überhaupt jede Beteiligung, nur vereinzelt gaben Angeklagte zu, in diesem oder jenem Betriebe mitgewesen zu sein.

Von den Zeugen gab Betriebsrat Schier eine Darstellung der Vorgänge bei der Firma Schumann, es seien dort etwa 70 Mann in die Fabrik gekommen. Wer Zeugen bedroht hatte, er solle eins vor den Wasch bekommen usw., vermag er mit Sicherheit nicht zu bekunden. Ingenieur Ihler machte eine Reihe Angaben über die Arbeitseinstellung am 29. März. Viele der Arbeiter hätten früh gar nicht erst angefangen zu arbeiten. Vorarbeiter Zuckerschwerdt schilderte die Arbeitseinstellung bei seiner Firma; er wurde im Laufe der Vernehmung vom Angeklagten Schied des Meineids bestraft, so daß es zu scharfen Auseinandersetzungen kam. Der Vorsitzende drohte dem Schied, er werde sofort abgeführt, wenn er nicht einen angemessenen Ton anschläge.

Betriebsleiter Berger machte Angaben über den durch die gewaltsam erzwungene Arbeitseinstellung entstandenen Schaden. Arbeiter Hohfeld führte als Zeuge aus, daß ihm von den Demonstranten Vorhalte gemacht worden seien, weshalb im Betriebe über Arbeitseinstellung nicht abgeklärt worden sei, vergeblich hätte sich Schied bemüht, ihm seine kommunistischen Ideen klar zu machen. Maschinen wurden von fremden Leuten angehalten. Vorarbeiter Pfeil sagte aus, daß er bedroht und bedrängt wurde, er habe nichts mehr zu sagen, man wollte ihn auch die Treppe hinunterwerfen. Der Betriebsrat wurde gewaltsam angehalten. Zeuge Will Viehweger bestimmt erkannt haben, was dieser aber leugnete.

Fabrikbesitzer Zinkeisen sah Demonstranten kommen, wollte verhindern, daß Gewalttaten begangen wurden. Die Demonstranten warfen in den Arbeitsräumen Leimtöpfe und Pinsel herum, es war ein großes Durcheinander, was Schied gesagt und gerufen, vermag der Zeuge nicht genau anzugeben. Maschinenist Bayer wurde aufgefordert, die Maschine anzuhalten, ihm sei dann gesagt worden, das sei kein Glück gewesen, sonst würde es ihm schlecht ergehen sein. Zeuge hat auch Holzstücke herumfliegen sehen, wer geworden, kann er aber nicht sagen. Tischler Bäcker wollte als Betriebsrat die Arbeitseinstellung bei der Firma Wagner & Zinkeisen vermeiden, wurde aber bedroht und geschuppt mit dem Hinzufügen, wir sind Kommunisten! Schied habe gesagt, es sei ein Aktionsausschuß zu bilden, in 20 Minuten müsse der Betrieb ruhen. Bohrer Hager Korn von der Firma Klein & Angerer wurde als der größte Lump hingestellt, man wollte ihn die Treppen hinunterbalancieren, er sei aber vom Betriebsleiter aus der Lage befreit worden. Schied habe gesagt, die Gewerkschaften hätten nichts mehr zu bestimmen, wir — die

Kommunisten — haben zu befehlen. Ingenieur Berndt schilderte, wie Schied auf der Rampe zum Chef sagte, jetzt werden die Köpfe abgehauen, bisher wurden nur Knöpfe abgehauen, den Kapitalisten geht es nunmehr an den Kragen. Automaten-Einrichter Kathaner von der Firma Teicher gab an, daß plötzlich Klaus in den Arbeitsaal kam und schrie: Ausrücken, Generalstreik! Zeuge will dem Klaus ein Paar Ohrfeigen angeboten haben, worauf er sich entfernte. Betriebsleiter Mies von der Firma Springer & Wölter frag einige der eingedrungenen Demonstranten nach ihrer Legitimation, ihm wurde geantwortet, die stehe auf der Straße vor dem Tor. Zeuge bestätigt, daß mit Sprengung des Tores gedroht wurde, auch sollte die Fabrik gestürmt werden, wenn nicht sogleich Schluß gemacht würde und der Betrieb zum Stillstand komme. Auch hier wurde Schied wieder sehr ausfällig. Zeuge Steinig sagte, wir gehörten zur anderen Richtung, wir wollten die Sonderaktion nicht mitmachen und uns nach den Gewerkschaften richten, es mußte aber die Arbeit eingestellt werden. Eine ganze Anzahl weiterer Zeugen machten allgemeine Angaben.

Nach zweitägiger Verhandlungsdauer ergriff Staatsanwaltstaatsrat Dr. Bierling das Wort zur Anklage, er führte unter anderem aus, daß überall der dritte Osterfeiertag als Beginn der geplanten Aktion angesehen werden müsse, das schließe auf eine einheitliche Leitung, die linksradikalen Elemente haben sich beispielsweise in Leutzsch der Erwerbslosen als Stoßtrupp bedient, die vielfach nicht wußten, um was es sich drehte. Der Hausfriedensbruch sei von allen Angeklagten begangen worden. Bei Schied komme noch Landfriedensbruch mit Räubersführerschaft in Frage, einen Teil der Angeklagten könne die Bewährungsfrist zugestimmt werden. Der Hochverrat und die Beihilfe zum hochverräterischen Unternehmen könne nicht aufrechterhalten werden, obwohl die Handlungsweise einiger der Angeklagten nahe daran grenze.

In langen Plädoyers gingen dann die Verteidiger, die Rechtsanwälte Dr. Graf-Leipzig und Dr. Glaser-Dresden auf die Anklage ein, um schließlich die Freisprechung der Beschuldigten zu fordern. Das Gericht verurteilte nach langer Beratung Schied zu 3 Jahren Gefängnis und vierjährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, ferner Klaus und Schmidt zu je einem Jahr, Stoye zu 10 Monaten, Hirsche, Viehweger, Weh, Stözel und Rebe sen. zu je 5 Monaten, Arndt zu 4 Monaten, Martin und Pfeil zu je 3 Monaten Gefängnis, während Rebe jun., Berger und Müller freigesprochen wurden. Den Angeklagten Hirsche, Viehweger, Weh, Arndt, Stözel, Martin und Pfeil wird eine dreijährige Bewährungsfrist zugestimmt, eine solche Rebe sen. dagegen nicht gewährt. Klaus und Schmidt wurden wegen der Strafhöhe sofort in Haft genommen, und am Schluß der Verhandlung mit Schied der Gefangenenanstalt zugeführt.

Aus der Umgebung.

Paunsdorf. Nachtausslug. Der Nachtausslug des Ortsvereins findet Sonnabend, den 2. Juli, nach Boritz statt. Stellen bis 7 Uhr im Gutspark. Einige gemüthliche Stunden verspricht Der Vorstand.

Martrandt. In einer von der BAPD. einberufenen Versammlung sprach der Kommunist Heule aus Leipzig über die Schreckensurteile der weißen Justiz. Schon nach einer Viertelstunde hatte er das Stiefenpferd der BAPD. erreicht und schimpfte weidlich über Gewerkschaftsbögen und Berat der USPD. Dies gestiel ihm wahrscheinlich so gut, daß er sich im übrigen Teil seines Vortrages gar nicht mehr davon trennen konnte. Man muß einen eigentümlichen Begriff von der Urteilsfähigkeit der Kommunisten bekommen, wenn man sieht, wie ein großer Teil von ihnen die faustbiden Lügen ihrer Führer gläubig aufnimmt. Heute überbot alle Reden seiner Parteifreunde, die bisher gehalten wurden. Nach ihm sind die USPD-Führer Schuste, und das revolutionäre

Proletariat kann nur einen Todfeind haben, dieser sei nicht etwa die Bourgeoisie, sondern die — USPD. Die Verurteilung der Arbeiterklasse und die Schreckensurteile der weißen Justiz hänge er an die Rockhöhe der Gewerkschafts- und USPD-Führer. Indem die USPD-Presse von Holz abgerollt sei, habe sie sich von dem revolutionären Proletariat getrennt. In dieser Tonart ging es nun weiter. Hiemlich am Ende seiner Rede führte heute wörtlich aus: „So sehen wir also auf der einen Seite der Barrikade das revolutionäre Proletariat, auf der andern Seite die Gewerkschaften und die USPD. Hier stehen sich zwei Weltanschauungen gegenüber.“ Und gleich darauf meinte er: „Aus alledem hat sich ergeben, daß die Einheitsfront des Proletariats hergestellt werden muß.“ Genossen! Was soll man nun zu derartigen Widersprüchen sagen. Der Erfolg war der, daß diejenigen Kommunisten, die noch ein wenig Urteilsfähigkeit haben, auf dem Heimwege die Rede Heules scharf kritisierten, auf deren Basis niemals eine Einheitsfront möglich ist.

a. Enstha. Gemeinderatsitzung. Es wird bekanntgegeben, daß die vom Gemeinderat wiederholt abgelehnte Aufstellung eines Nachtrags zur Kirchensteuerordnung, die Erhebung eines Zuschlags zur Grunderwerbsteuer nach 1/2 Proz. der Erwerbssumme betr., nunmehr durch die Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksausschuß als Aufsichtsbehörde erfolgt ist, welcher durch die Kircheninspektion Genehmigung gefunden hat; ferner daß der 4. Nachtrag zur hiesigen Steuerordnung, Eintrittsartensteuer betr., genehmigt und daß zu den Kosten für Reinigung des Teiches auf einen dahingehenden Antrag aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge ein Betrag von 2300 Mk. bewilligt worden ist. — Dem durch den Besitzer des Rittergutes beim Amtsgericht in Dresden gestellten Antrag um Hinzuschlagung der Kommunikationswege nach Kleinbalsig und Hilschen zum Rittergute wird widersprochen. — Einer von den beteiligten Gemeinden an das Ministerium zu richtenden Eingabe, in der um Vornahme der Esterregulierungsarbeiten und um Uebernahme des von der Staatsstraße bis nach Großhöfcher führenden Kommunikationsweges auf den Staat ersucht wird, beschließt man beizutreten. — Der Anspruch auf die mögliche pachtweise Ueberlassung des Obst-anhanges der Bäume der Staatsstraße innerhalb der Gemeindeflur soll geltend gemacht werden. — Der Rathauskeller wird Herrn Oswin Kertcher auf die Dauer von 3 Jahren gegen einen jährlichen Pachtpreis von 320 Mk. überlassen. — Seitens der Amtshauptmannschaft ist die Gründung eines Fürsorgeausschusses zur Wahrung der Interessen der Kriegesbeschädigten und Hinterbliebenen angeregt worden, der sich aus den Herren Hilsche, Richard Schindler und dem Herrn Gemeindevorstand zusammensetzt und in den gleichzeitig neu zu wählenden Fürsorgeausschuß für die Erwerbslosen wählt man die Herren Munkelt, Tille, Kühn und den Herrn Vorsitzenden. — Infolge Beschwerde der Erwerbslosen, daß bei Zuweisung von Arbeitsstellen durch den Arbeitsnachweis Zwentaun solche der hiesigen Gemeinde nur sehr selten Berücksichtigung finden, soll unter Darlegung dieser Verhältnisse bei der Amtshauptmannschaft die Errichtung eines eignen Arbeitsnachweises für die hiesige Gemeinde nachgesucht werden. — Nach Kenntnisnahme der für Einführung einer Wohnungskurssteuer vom Ministerium herausgegebenen Richtlinien soll, da sich hierauf wenig finanzielle Erlöse für die Gemeinde ergibt hieron vorläufig Abstand genommen werden. — Die vorgeprüften Rechnungen über die Gemeinde-, Armen- und Feuerlöschgerätekasse aufs verfloßene Rechnungsjahr gelangen zur Ablegung. — Die für den in nächster Zeit in Angriff zu nehmenden Bau eines Hausgrundstücks mit 4 Wohnungen eingegangenen Kostenschätzungen über Erd-, Maurer-, Zimmer- und Brunnenarbeiten werden eröffnet und soll die Vergebung der Arbeiten nach erfolgter rechnerischer Prüfung der Anschläge bedingungsweise erfolgen. — Hierauf gelangen noch Sparsassensachen zur Erledigung.



aison-Ausverkauf

vom 2. bis 16. Juli

Herren- und Knaben-Bekleidung

Wir haben die Preise in allen Abteilungen zum Teil bis zu

50% herabgesetzt

und verweisen auf unsere morgen erscheinende Preis-Anzeige!

Gebr. Manes

Reichsstrasse 11, Ecke Salzgässchen.

Sächsischer Landtag.

68. Sitzung vom 29. Juni.

Die Sitzung beginnt nachmittags 1 Uhr. Zu der schon oft in der Presse besprochenen Anfrage der Deutschnationalen, betr. der politischen Hauszuschüsse bei den Deutschnationalen

ist Minister des Innern Lipinski eine Erklärung, die wir an anderer Stelle abdrucken.

Eine Ergänzungsanfrage des Abg. Dr. Wagner und die denselben Punkt betreffende Anfrage der rechtssozialistischen Partei erklärt der Minister durch seine Antwort für erledigt.

Ministerialrat Korey beantwortet folgende kurze Anfrage der Deutschen Volkspartei:

Ist die Regierung bereit, Auskunft zu erteilen, warum Sachsen in der Kommission der deutschen Finanzminister nicht vertreten ist, die zur Begutachtung der neuen Steuerpläne der Reichsregierung zusammengekehrt worden ist?

Wie folgt: An der Besprechung der Finanzminister der Länder über die Deckung des Defizits am 31. Mai hat der sächsische Finanzminister persönlich teilgenommen. Es wurde ein lebhaftester Austausch gebildet. Der Finanzminister erklärte, daß die Deckungsfrage für Sachsen von größtem Interesse sei und er Wert darauf lege, an den Beratungen teilzunehmen.

Wenn aber die Besprechungen in der nächsten Zeit und für längere Dauer stattfinden, sei es für ihn nicht möglich, an den Beratungen teilzunehmen, da im Landtage noch wichtige Vorlagen zu verabschieden seien. Die vorgeschlagene Vertretung durch einen Beamten wurde von den anderen Beamten nicht als erwünscht anerkannt.

Dagegen kann er sich durch einen anderen Minister vertreten lassen. An einer Besprechung hat der Wirtschaftsminister teilgenommen. Bisher hat der Ausschuss nur einmal getagt. Es wurden bei dieser Tagung nur Fragen allgemeiner Natur besprochen.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

In den Zwischenansatz (Artikel 23 der Verfassung) werden gewählt die Abgg. Freydrick, Wirth, Winkler und Müller-Chemnitz (Soz.); Wagner, Hofmann und Beutler (Dn.); Blüher, Niehammer und Bünger (D. Sp.); Müller-Leipzig und Muder (U. Soz.); Eitrodt und Ganz (Komm.); Dr. Senffert (Dem.).

In der Abstimmung über die

Regelung der Kinderzulagen

werden mit Stimmgleichheit die bürgerlichen Minderheitsanträge abgelehnt und beschlossen, die ursprüngliche Fassung der Vorlage herzustellen. Es ist nun also endgültig beschlossen, die Kinderzulagen der Beamten bis zum 18. Jahre, rückwirkend ab 1. Januar 1921, zu gewähren.

Bewilligt werden ferner gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen die dringlichen Anforderungen: Darlehen für die evangelischen Kirchen mit 19 116 000 M. Abgelehnt werden hierbei die bürgerlichen Anträge, diese Summe nicht als verzinsliche Darlehen, sondern als feste Leistung oder wenigstens als unverzinsliche Darlehen einzufstellen.

Bei dem außerordentlichen Staatshaushaltsplan betr. staatliche Elektrizitätsunternehmen schlägt der Rechtsausschuss vor, insgesamt 73 Millionen zu streichen. Minister Heldt bedauert diesen Vorschlag des Rechtsausschusses und hofft, daß bei der endgültigen Verabschiedung des Staatshaushaltsplans der Landtag die nötigen Summen bewilligt.

Der Antrag des Rechtsausschusses wird darauf angenommen. Schließlich kommt das Haus zur Beratung des Grundsteuer-Gesetzentwurfs.

Hierbei beantragt Abg. Beutler, die Beratung und Beschlußfassung sowohl über das Grundsteuer- als auch über das Gewerbesteuer-Gesetz auf die Zeit nach den Sommerferien zu vertagen und die Vorlagen dem Ausschuss zur weiteren Beratung zurückzugeben. Die Vorberatungen halte er nicht für ausreichend.

Nach langer Geschäftsordnungsdebatte wird dieser Antrag abgelehnt.

Die Abgg. Bethke und Pagenstecher erstatten den Bericht des Rechtsausschusses. Dieser beantragt, den Gesetzentwurf mit den von ihm vorgeschlagenen Änderungen anzunehmen und die Regierung zu ermahnen, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß den Ländern gestattet wird, zur Verzinsung und Tilgung des zur Förderung des Wohnungsbauwesens bereitgestellten Betrags Zuschläge zur Reichseinkommensteuer zu erheben.

Aus den Änderungsanträgen des Ausschusses sei hervorzuheben, daß jede Gemeinde und jeder Bezirksverband 1 Prozent (anstatt 2 Prozent) ihres Anteils dem Ausgleichsstock zuzuführen haben. Sodann soll dem Paragraphen, der bestimmt, daß das Finanzministerium den Zeitpunkt zu bestimmen hat, von dem an die Steuer in Hebung gesetzt ist, noch folgender Absatz angefügt werden: In Gemeinden oder Gemeindeverbänden, einschließlich der Bezirksverbände, in denen bereits mit der Hebung der Steuer für das Rechnungsjahr 1921 begonnen worden ist, darf die Steuer nicht vor dem 1. April 1921 in Hebung gesetzt werden.

Abg. Oberle (Dn.) begründet seine Minderheitsanträge, die einige redaktionelle Änderungen bezwecken und die Bildung eines Paragraphen, wonach andere Gemeinden sich an eine Gemeinde mit eigenem Grundsteuerbezirk mit deren Zustimmung anschließen können.

Abg. Blüher (D. Sp.): Das Gesetz bedeutet eine ungeheure Belastung. Indessen sind die Verhältnisse von Staat und Gemeinden so verzweifelt, daß kein anderer Weg übrig bleibt. Wir können bei der Verteilung der Steuer an keinem Stand vorübergehen. Die Steuer ist gründlich vorzubereiten.

Abg. Sande (Dn.): Wir werden bei der Annahme des Grundsteuergesetzes mit einer Verteuerung der Lebensmittel wie der Wohnungen zu rechnen haben. Bedner wendet sich gegen die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen.

Abg. Hübschmann (D. Sp.) will, daß die Gemeinden die 2 Prozent nicht zuzüglich, sondern ausschließlich des von ihr erhobenen Zuschlags zur Grundsteuer dem Ausgleichsstock zuzuführen haben.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.) begründet den Antrag, daß anstatt 1 Prozent der Steuerjahrs 1/2 Prozent für jedes Rechnungsjahr betragen soll. Ferner sollen die Zuschläge, die die Gemeinden zur Grundsteuer beschließen können, nicht mehr als 50 Prozent (anstatt 25 Prozent) betragen dürfen. Würden diese Anträge nicht angenommen, dann könnte seine Fraktion die ganze Vorlage nicht annehmen.

Abg. Beutler (Dn.) wiederholt, daß er die Vorberatungen nicht für ausgiebig genug hält. Auf wichtige Fragen hätte der Rechtsausschuss von der Regierung keine erschöpfende Auskunft erhalten. Die Landwirtschaft könne die Lasten nicht abwägen, sondern müsse sich nach den allgemein geltenden Marktpreisen richten. Deshalb müsse man abwarten, was für Steuern das Reich und die anderen Länder beschließen.

Abg. Renner (Komm.): Seine Fraktion sieht in dem Gesetz keine Grundlage, der wir unsere Zustimmung geben können. Die Lasten dieser Steuer werden doch nur auf die ärmere Bevölkerung abgewälzt. Es muß eine Erfassung des großen Grundbesitzes erwirkt werden. Wir beantragen deshalb, dem § 1 folgenden Wortlaut zu geben: „Es wird eine allgemeine Steuer vom Vermögen an Grund und Boden erhoben.“ Für den Fall, daß unser Antrag nicht angenommen wird, werden wir den demokratischen Antrag unterstützen.

Abg. Barthel (USP.) beantragt dritte Lesung der Vorlage. Ministerialrat Korey ersucht, diesem Antrag nicht zuzustimmen, da sonst die Beratung bis zum Herbst hinausgeschoben werden müßte.

Abg. Müller-Leipzig (USP.): Dieser Antrag bedeutet durchaus nicht, daß die Beratung der Vorlage bis zum Herbst hinausgeschoben werden muß. Wir haben uns durch den Verlauf der Debatte veranlaßt, den Antrag zu stellen. Die Gründe hierfür will ich jetzt nicht näher auseinandersetzen.

Da dritte Lesung beantragt ist, unterbleibt die Schlußabstimmung. Es wird nur über die in der Reihenfolge, die sämtlich abgelehnt werden, und die einzelnen Paragraphen abgestimmt. Die einzelnen Paragraphen werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr. Kurze Anfrage, Strafverfolgung Granz, Aufhebung der Schulgemeinden, Vertrag betr. Staatstheater, Gewerbesteuer, Dienstbezüge der Gemeindebeamten, Staatsrechnungshof, Verteilung der persönlichen Volkszuschüsse, Kreditbewilligung für „soziale Bauhütten, kleinere Vorlagen.

Aus der Partei.

Der Sozialist. Die letzten erschienenen Nr. 25/26 der von Dr. Rud. Breitscheid herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Wochenchrift Der Sozialist enthält folgende Beiträge: Die obersteletische Gefahr, von Rud. Breitscheid; Eine neue Seite der Schulfrage, von Karl Rautsky; Ueber unseren Kämpfen, von Pierre Renaudel; Die Ursachen der Betriebsgrößenentwicklung in der Landwirtschaft, von Wilhelm Grundbach; Napoleon und die Arbeiter, von M. Anlard; Das Verhältnis der arbeitenden Klasse zur Kunst, von Charlotte Weigert; Aus der Internationalen.

Der Sozialist erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Breitscheid, Berlin W. 15, zum Preise von vierteljährlich 15 M., Einzelnummer 1.50 M., zu beziehen.

Zur gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Austrägers, als auch der Name des Abonnenten vermerkt ist. — Bei eventueller Beschwerde über unpünktliche Zustellung, die wir direkt an die Expedition erbitten, wolle man den Namen des Austrägers mit angeben. Die Expedition.

Freitag, den 1. Juli

Saison-Ausverkauf

beginnt unfer

in den erlaubten Abteilungen

Wie bisher, bieten wir auch diesmal außergewöhnliche Einkaufsvorteile.

Table with 2 columns: Item name and Price. Includes: Herren-Artikel, Weiche Kragen, Steife Kragen, Weiche Vorhemden, Herren-Krawatten, Selbstbinder, Oberhemden.

Table with 2 columns: Item name and Price. Includes: Strumpfwaren, Schwarze Fühlänge, Herren-Socken, Schwarze Damen-Strümpfe, Damen-Strümpfe, Kinder-Strümpfe, Erstlings-Strümpfe.

Table with 2 columns: Item name and Price. Includes: Tritotagen, Kinder-Sweaters, Kinder-Sweaters marine, blau, rot, Kinder-Normal-Anzüge, Einjah-Hemden, Einjah-Hemden für Herren, Einjah-Hemden weiß, beste Qualität, Normal-Hemden.

Table with 2 columns: Item name and Price. Includes: Damen- und Kinder-Konfektion, Waschblusen, Moll- und Boileblusen, Seidenblusen, Leinen-Kostüm Röcke, Wasch-Unterröcke, Garnierte Damen-Hüte, Garnierte Kinderhüte, Sulformen, Sulblumen, Fantasies u. Federn.

Table with 2 columns: Item name and Price. Includes: Kleiderstoffe — Baumwollwaren, Dirndtmuffel u. Scheierstoffe, Blusenlanelle, Waschmuffel, Kostümstoffe, Ungebleicht Nessel, Weiß Hemdentuch, Hemdenbarchent, Handtuchdress, Bunte Bettzeuge.

Table with 2 columns: Item name and Price. Includes: Wäsche — Korsette, Damen-Taghemden, Damen-Beinkleider, Stickerei-Unterröcke, Korsettes lange Form, Korsettes lange Form in Drell.

Table with 2 columns: Item name and Price. Includes: Kurz- und Weißwaren, Maschinengarn, Sternzwirn, Woll-Strickgarn, Wäsche-Stickerei, Kinder-Fühlänge.

Table with 2 columns: Item name and Price. Includes: Gardinen — Bettstellen, Gardinen u. Spannstoffe, Sofabezugsstoffe, Weiße Bettstellen, Auflage-Matrasen, Weiße Taschentücher, Bunte Herr.-Taschentücher.



Aufheben!
Beim Einkauf mitbringen!
Nur einmalige Anzeige!

Aufheben!
Beim Einkauf mitbringen!
Nur einmalige Anzeige!

Hollentamps Sommer-Ausverkauf

Beginn: 1. Juli, vormittags 8 Uhr

Das normale Maß der Herabsetzungen unserer Preise in allen Abteilungen ist nachstehend angegeben. Bringen Sie diese Tabelle beim Einkauf oder bei der zwanglosen Besichtigung mit und überzeugen Sie sich, daß alle Stücke mindestens so wie angegeben herabgesetzt sind.

Unsere sonst gültigen Preise: M.	45	55	65	75	85	95	110	125	140	165	190	215	s. B. für Hosen und Knaben-Bekleidung
Unsere Ausverkaufs-Preise: M.	35	40	50	60	70	80	90	100	115	130	150	160	
Unsere sonst gültigen Preise: M.	240	265	290	340	390	490	590	690	790	890	990	1100	s. B. für Anzüge, best. Hosen, Überzieher
Unsere Ausverkaufs-Preise: M.	190	210	230	270	310	385	475	550	650	710	790	880	

In jeder Abteilung, in fast jedem Artikel haben wir eine Anzahl Posten, die noch wesentlich höhere Herabsetzungen erfahren haben, diese können wir, auch nur zum Teil, in unseren Schaufenstern zeigen. Es ist unmöglich, alle diese Angebote zu inserieren, kommen Sie also zu einer zwanglosen Besichtigung.

Herren-Konfektion

Herren-Anzüge

Satto-Anzüge, gute Verarbeitung, helle und dunkle Buchstin- und Cheviot-Qualitäten
M. 230.- 270.- 310.- 385.- 475.-

Satto-Anzüge, beste Verarbeitung, aus Homespun, Cheviot und Kammgarn
M. 385.- 475.- 550.- 650.- 710.-
790.- 880.- 960.-

Restposten Reichsanzüge

M. 175.-

statt des vorgeschrieb. Preises von M. 245.-
Welt unter Einkauf

Sport-Anzüge in modernen Cheviots, Loden und Homespun, vornehme u. prakt. Formen
M. 310.- 385.- 475.- 550.- 650.-
725.- 825.-

Rock u. Westen (Cutaway) marengo Cheviot, gute u. erstkl. Stoffe auf Leinen u. Kosshaar
M. 310.- 385.- 475.- 550.- 650.-
710.- 790.-

Gehrock-, Frack- und Smoking-Anzüge a. gut., glatt. Drapés, auf Leinen u. Kosshaar
M. 710.- 790.- 880.- 960.-

Tennis- und Strand-Anzüge aus Röper, Lüster, Tussor und ähnlichen Stoffen
M. 360.- 475.- 550.-

Herren-

Überzieher und -Mäntel

Sommer-Lüster, Schläpfer u. Raglan-Form aus modernsten Stoffen in neuesten Farben
M. 310.- 385.- 475.- 550.- 650.-
710.- 790.- 880.- 960.-

Covertcoats la deutsche Erzeugnisse, feine Verarbeitung, neueste, kurze Sportform
M. 650.- 790.- 880.-

Sommer-Paletot aus marengo Cheviot, als Besuchs-Paletot unentbehrlich
M. 230.- 310.- 385.- 475.-

Bozener Loden-Mäntel, garantiert wasserdicht auch in den billigsten Preislagen
M. 175.- 250.- 325.- 385.- 475.-

Regen-Mäntel aus wetterfesten, imprägniert. Stoffen, moderne Formen
M. 230.- 310.- 385.- 550.-

Gummi-Mäntel

Posten gummierte Loden-Mäntel, brauner, grüner und schwarzer Stoffbezug
M. 225.-

Hochgeschlossene und offene Sportformen aus Batist, Kaschmir und Twill
M. 290.- 310.- 385.- 475.- 550.-
650.- 710.-

Herren-Hosen

Auswahl
3000-4000 Stück

aus kräftigem Buchstin
M. 35.- 40.- 50.- 60.- 70.-

aus Stadtbacher Kammgarn M. 60.- 70.-
80.- 90.- 100.- 130.- 150.- 160.- 190.-

Hochelegante Straßenhosen
M. 230.- 270.- 310.- 385.-

Sport-Hosen aus kräftigen Buchstin- und Lodenstoffen, feste, solide Verarbeitung
M. 80.- 100.- 130.- 150.- 160.- 190.-

Farbige Westen aus Tuch, halbwollen, halbseiden und reinseiden Dilee und Waschstoffen, hochelegante Formen
M. 35.- 50.- 70.- 90.- 115.- 130.- 150.-

Arbeits-Westen aus kräftigen Buchstin- und Cheviotstoffen M. 35.- 45.- 55.-

Sommer-Kleidung für Büro, Haus und Garten

Loden-Joppen aus starken Stoffen, in soilder, dauerhafter Verarbeitung
90.- 100.- 115.- 130.- 150.- 190.- 230.-

Wash-Joppen aus starken Leinen- u. Baumwollstoffen oder Schilfleinen
M. 60.- 70.- 80.- 90.- 115.- 130.-

Lüster-Sattos aus vorzüglichen, schwarzen u. blauen Lüster- u. Alpaka-Stoffen M. 90.-
100.- 115.- 130.- 150.- 190.- 230.-

Sommer-Sattos aus gelben und gestreiften Sommer-Waschstoffen
M. 80.- 90.- 115.- 130.- 150.-

Diese Inserate geben nur eine flüchtige Übersicht unserer Leistung
Unsere Schaufenster geben ein besseres Bild als die Inserate. Das beste Bild bekommen Sie bei zwangloser Besichtigung der enormen Läger

Brühl 28/32 **H. Hollentamp & Co. Leipzig** Ecke Reichsstr.
Erstes Herren-Bekleidungshaus

ALTHOFF

Donnerstag, Freitag, Sonnabend

3 billige Tage

für Baumwollwaren und Wäsche

Elsässer Rohnessel ca. 90 cm breit, solide Qualität	5.40	Elsässer Perkal für Oberhemden und Blusen, gute Qualität, reichhaltige Auswahl	13.25	Damen-Hemd Reformschnitt, aus leichtem Hemdentuch, mit Langgetto angosetzt	17.50
Elsässer Rohnessel ca. 90 cm breit, feinfädige, dicke Qualität für Wäsche	7.25	Voll-Voile, glattweiß, ca. 115 cm br., vorzügliche reine Ware	26.00	Damen-Hemd Reformschnitt, aus Hemdentuch, mit schmaler Stickerei und Langgetto	24.50
Elsässer Roh-Cretonne ca. 88 cm breit, helle Ware aus vorzügl. amerikan. Baumwolle	9.25	Voll-Voile, bestickt, ca. 115 cm breit, in vielen aparten Blumenmustern	32.00	Damen-Hemd Reformschnitt, aus Hemdentuch, mit Stickerei und Langgetto garniert	30.50
Hemdenluch ca. 80 cm breit, starkfädige, kräftige Qualität	8.50	Frollé, kleinkariert, gemustert, ca. 120 cm breit	22.00	Damen-Beinkleid Knieform, rund, aus Hemdentuch, mit Langgetto angosetzt	15.50
Hemdenluch ca. 80 cm breit, mittelfädige Wäschequalität aus guter amerik. Baumwolle	12.25	Voll-Voile, bedruckt mit Blumen-Mustern, ca. 120 cm breit	18.00	Damen-Beinkleid Knieform, gerade, Hemdentuch mit Stickereigarnierung	22.50
Hemdenluch ca. 80 cm breit, starkfädig, aus guter amerikanischer Baumwolle	13.25	Panama in vielen waschechten Farben für Oberhemden und Blusen	16.25	Damen-Beinkleid Knieform, rund, aus gutem Hemdentuch, mit Volant und schmalem Stickereiansatz	27.50
Renforcé ca. 80 cm breit, vorzügliche Elsässer Ware	14.25	Schürzen-Siamosen ca. 100 cm breit, waschechte Qualität	19.25	Garnitur Hemd und Beinkleid, aus gutem Hemdentuch, reich mit Stickerei-Ein- und -Ansatz garniert	85.00
Linon ca. 80 cm breit, solide, feinfädige Qual.	12.25	Schürzen-Siamosen ca. 120 cm breit, kräftige echtfarbige Ware	22.25	Garnitur Hemd und Beinkleid, aus leichtem Wüschestoff, reich mit Spitzen garniert	90.00
Bellud-Cretonne ca. 140 cm breit, ungebleicht, solide, kräftige Qualität	16.50	Schürzen-Blaudruck ca. 120 cm breit, in vielen waschechten Dessins	26.25	Garnitur Hemd und Beinkleid, aus gutem Hemdentuch, reich mit Stickerei-Ein- und -Ansatz garniert	115.00
Bellud-Cretonne ca. 160 cm breit, gebleicht, starkfädige Ware	24.50	Scheuerschürzen-Stoff ca. 90 cm breit, besonders kräftige-Qualität	10.25	Damen-Stickereirock aus Hemdentuch, mit breit. Stickerei-Volant	40.00
Linon ca. 130 cm breit, vorzügliche Qualität für Bettwäsche	22.50			Untertaille m. breit. Stickerei u. Langgetto-ansatz, Rückenschluß, aus Hemdentuch	12.25
Handluchgebild ca. 48 cm breit, weiß, Gerstenkorn, mit rotem Rand	8.25			Untertaille Rückenschluß, aus Hemdentuch, mit breiter Stickereigarnierung	19.50
Handluchgebild ca. 48 cm breit, weiß, schwarz Gerstenkorn, mit rotem Rand	9.25			Untertaille Rückenschluß, aus gutem Hemdentuch, reich mit Stickerei-Ein- und -Ansatz garniert	22.50
Handluchgebild ca. 48 cm breit, grau, reinleinen Dreil	14.25			Untertaille Vorderschluß, aus gutem Hemdentuch, reich mit Stickerei-Ein- und -Ansatz garniert	24.50
Handluchgebild ca. 48 cm breit, gebleicht, reinleinen Dreil	16.25				

Baumwollene
Blusenflanelle 12.25
in grosser Muster-Auswahl

Taschentücher

Herren-Tuch mit breiter gefoppter Kante	2.90	Damen-Tuch Linon, mit farbiger Kante festoniert	1.45
Herren-Tuch Linon, gute Qualität, mit Bandkante	4.75	Damen-Tuch Linon, gute, feinfädige Qualität	2.75
Herren-Tuch Linon, mit breitem Saum und Hohlsaum	4.75	Damen-Tuch Linon, mit Saum und Hohlsaum, gute Qualität	3.25

Benutzen Sie unsere Reisegepäckversicherung einschließlich Hotelrisiko. Policen sind sofort an unserer Sammelkasse im Erdgeschoß zu haben.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Freigabe von Bäderkohlenarten.
Auf die Kohlenmarken 7, 8, 9 und 10 der für die Monate Mai-Juli ausgesetzten Bäderkohlenarten dürfen Brennstoffe geliefert und bezogen werden.
Leipzig, am 1. Juli 1921.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Die Bekanntmachung vom 3. Juni 1921 wird dahin abgeändert, daß die Abgabe von Vollmilch an über 65 Jahre alte Personen vom 1. Juli ab bis auf weiteres auf Marke C 11 Reihe C erfolgt.
Gesundheitsamt Leipzig, am 30. Juni 1921.

Tauscha. Nächsten Freitag, von 1/9-1/12 Uhr, Verkauf von Speisekartoffeln im städtischen Lager, 14 Pfund auf den Kopf für zwei Wochen, Preis 55 Pfg. für das Pfund, Sonnabend, von 1/8-9 Uhr, Braunkohlenverkauf, Preis 6.50 M. für den Zentner.
Stadttrat Tauscha.

Sparkasse Siebertwolkwitz
Die Zweiggeschäftsstelle in Probstheida bleibt vom 7. bis mit 30. Juli ds. Js. geschlossen. Einzahlungen können während dieser Zeit auf unser Konto bei der Girokassa Leipzig, Neumarkt 35, kostenlos erfolgen, sonst auch auf unser Postsparkonto Leipzig Nr. 11430.

Sparkasse Wahren.
Geschäftstest von 8 bis 1/2 Uhr.

Hausfrauen!
Am vorteilhaftesten und vorzüglichsten kauft man nur in der neuen
Fleischzentrale
Beachten Sie die morgige Anzeige!



Koffer - Reisetaschen
Beste Qualitätsarbeit
Erneut im Preise herabgesetzt!
Eigene Fabrikation und Reparaturwerkstatt
Karl Blaich Windmühlenstraße 32
Tauchaer Straße 16...

Dr. med. Paul Weber
Andreasstraße 1
verreist bis 23. Juli.
Vertreter: Dr. Streitz, Südstraße 36.

Achtung!
Begen burger. Giften Preise bedeutend herabgesetzt
Kleider mit angef. Wäsche nur 155, gestreif. Wäsche Kleider 115, eleg. Voll-Wäscheblusen mit Handhohlsaum u. handgestickt v. 95 b. 125 (statt 200), hell- u. dunkelgrün. Feinenschürzen, w. Servierisch, Wiener Form, 29 u. 35, Taschentücher aller Art v. 2.75, Wäsche-Stück, v. 2.20 an, la Leinen-G.-Hemd, w. (w. Oberh.) nur 53, Malo-Einjahrb. hemd 35, eleg. Damenhemd mit Hohlsaum u. Stiderei nur 24, eleg. Feinleinen mit breiter Stiderei nur 28.
Karl Hilpert, Sophienstraße 29, II. r.

Billige Lebensmittel!

Corned beef	M. 7.30	Grüne Erbsen	M. 1.85
in 6-Pfd.-Dosen	M. 35.00	Weisse Landbohnen	M. 1.50
Kunsthonig, Paket	M. 4.20	la Tafelreis	M. 3.00
Kaffee, arab. rein	M. 14.50	Bruchreis, tal.	M. 2.40
ff. geröstet, Kaffee	M. 22.00	Saferloden	M. 2.70
Kondens.-Milch ab	M. 4.25	Weiher Griech	M. 2.75
Brasil.-Bienen	M. 4.00	Goldbirse	M. 2.95
Victoria-Erbsen	M. 1.90	Feine Erbsen	M. 3.15
Bestes amerikanisches Schweinefleisch	M. 11.30	Feinste Tafelmargarine	von M. 7.50 an
Feinste geräucherter Speck	von M. 12.00 an	la Süßrahm-Tafelbutter	M. 23.00
Feine Thüringer und bayerische Würstchen, Weine und Spirituosen zu billigsten Preisen			

Henhey (Hentrich & Heyne)
Blücherstraße 10 (Hotel Nord)

Verbandstag der Maschinisten und Heizer.

Die Generalversammlung wurde heute vormittag vom Verbandsvorsitzenden A. Lehe in Berlin eröffnet. Es sind 60 Delegierte und drei Vorstandsmitglieder anwesend.

Geschäftsbericht des Vorstandes
erstellte Verbandsvorsitzender A. Lehe. Er verwies auf den gedruckten Bericht, von dem wir bereits einen Auszug brachten, und betonte, die Hauptaufgabe des Verbandes sei es gewesen, die Interessenvertretung der Kollegenschaft möglichst gut zu wahren.

Die Debatte über den Geschäftsbericht ist sehr lebhaft und ausgezehnt. Eine Reihe Redner verlangten Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft. Ein anderer Redner führte aus, daß der Verband der Maschinisten und Heizer mehr denn je seinen Charakter als Kampforganisation wahren müsse.

ist Pflicht jedes Kriegsbeschädigten, ganz besonders der Betriebsführer. Der geeignetste Weg hierzu wird der sein, daß man innerhalb der Gewerkschaften an die Leitungen derselben die Forderung richtet, den Kriegsbeschädigten einen Einfluß dadurch einzuräumen, daß sie sich und Stimme in allen Verwaltungs- und besonders in den Tarifkommissionen erhalten und somit in der Lage sind, die Tarifverträge in ihrem Sinne zu gestalten.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Entlohnung der Kriegsbeschädigten.

Man schreibt uns: Es ist eine nicht abzuschätzende bedauerliche Tatsache, daß ein Teil der organisierten Arbeiterschaft ihren rentenberechtigten Kriegsbeschädigten Kollegen und Mitarbeitern, und ganz besonders den Schwerbeschädigten, neben ihren Rentenbezügen den vollen Tariflohn eines gesunden Arbeiters nicht gönnen und anerkennen wollen.

Ein Skandal ist es, daß eine reichseigene Anstalt Arbeiter über 40 Jahre zurückweist. Da dies auch bei privaten Unternehmen immer mehr Mode wird, befinden sich viele älteren Familienmitglieder in der allergrößten Not.

Streik der Feuerwehr und der Polizei in Quebec. Aus Quebec wird gemeldet, daß seit vergangenen Sonnabend die Stadt infolge des Streiks von 190 Feuerwehrleuten und 140 Polizisten ohne Polizei und Feuerwehr ist.

Freitag, den 1. Juli

Saison-Ausverkauf

zu bedeutend herabgesetzten Preisen in allen Abteilungen

Extra-Angebot

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes categories like Mäntel und Jacken, Mäntel, Mantelkleider, Jackenkleider.

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes categories like Mäntel, Paletots, Strickjacken, Waschkleider, Wollkleider, Blusen.

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes categories like Kleider, Morgenröcke und Matinees, Blusen und Röcke.

Winter-Mäntel

Pelzmäntel aus echt Maulwurf, Breitschwanz-Astrachan. Im Preise bedeutend reduziert. Seal-Elektric-Mäntel 4800.—

Table with 2 columns: Serie and Price. Includes Serie I, Serie II, Serie III, Serie IV.

Modelle in Jackenkleidern, Kleidern, Mänteln u. Blusen zu enorm herabgesetzten Preisen.

Kinder-Konfektion

Table with 4 columns: Item description and Price. Includes Mädchen-Kleider, Mädchen-Mäntel, Knaben-Anzüge, Knaben-Paletots.



Franz Ebert



Größtes Spezialhaus für Damen-, Backfisch- und Kinder-Konfektion in Sachsen

Neues Theater.

Donnerstag, den 20. Juni: Vorstellung für den Wirtschaftsbereich
 Zweites Theater: **Helena**, Anfang 7 Uhr.
 Freitag, den 1. Juli: 105. Kurtheater-Vorstellung (H. Folger, geistl.);
 Anfang 7 Uhr.
 Sonnabend, den 2. Juli: 106. Kurtheater-Vorstellung (H. Folger, geistl.);
 Der Traumbau, Anfang 7 Uhr.

Neues Operetten-Theater.

Wesefstraße, (Nachdruck verboten) Fernruf 2464.
Vorankündigung:
Vom 1. Juli an täglich
Gesamtspektakel des Deutschen Theaters, Berlin
Polisch und Perlmutter
 Schwanke in 3 Akten von H. Gaj und C. Klein.

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz, (Nachdruck verboten) Fernruf 1416.
 Donnerstag, den 20. Juni 1921
Alt-Heidelberg.
 Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm Meier-Welwerth.
 In Szene gesetzt von Robert Kühner.
 Personen: Karl Heinrich, Erzbischof von Salern-Starkburg (Rudolf
 Hübner); Staatsminister von Sagan (Richard Müller);
 Hofmarschall Heiderich von Ballarage, Erzbischof (Alfr. Schölerer);
 Kammerherr Baron von Wiegand (Gust. Wehler); Kammerherr
 Baron von Breitenberg (Karl Berger); Dr. phil. Kuntze (Karl
 Oser); Fab. Hammerbühner (Rudolf Wehler); Zelleo (Carl von Hübner);
 Karl Wils, Amtsgeldbesitzer, Wanda, Heinde, vom Corps
 „Saxonia“ (Herbert Kühner, Adolf Wils, Wils, Ernst, A. Metz-
 wald, Günther Paritz); von Wehler, Caro-Donna (Eugen
 Scherer); Käfer, Gastwirt (Gustav Gölmar); Frau Wüder (Marie
 Taubert); Frau Wüder, deren Zante (Marie Schippang); Reiser-
 mann (Karl Oser); Alice (Karlmann Kähler).
 Einfache Preise, Anfang 7 Uhr, Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
 Freitag, den 1. Juli: Vorstellung für die 8. Fach- u. Fortbildungss-
 chule: Der Kaufmann von Venedig, Anfang 7 Uhr.
 Sonnabend, den 2. Juli: Menagerie, Anfang 7 1/2 Uhr.

Krystall-Palast

Täglich abends 7/8 Uhr
Gastspiel
Curt Offers Operetten-Gesellschaft
„Der verjüngte Adolar“

Balttenberg

Varieté, Tel. 1370, Theater.
 Anfang 7/8 Uhr
Nur noch heute
Das hervorragende
Juni-Varieté-Programm
 Ab morgen
Juli-Varieté-Programm
Das Beste vom Besten.
 Anfang 8 Uhr
Vereinsvorstellung:
 Die beiden Rochus Winkler
 Komödie nach d. gleich-
 namigen Roman in 4 Auf-
 zügen v. Heinrich Hilmar
 Morgen
 Die beiden Rochus Winkler.
 Am Sonntag letztes Mal.
 Vorverkauf: Tageskasse 10-2 und Zigarren-
 Geschäft R. Hirsch, Katharinenstrasse 6.

Gasthof Neustadt

Leipzig-Neustadt, - Fernruf 60 088.
 Morgen Freitag: **Elite-Ball.**

Westendhallen

2. Dlagwit, Bismarckstr. 41, Strahend. 2, 3, 5, Tel. 40665
 Modernster Saal Leipzigs
 Freitag und **Große Ball-Feste**
 Sonntags
 Vorzügliches Balkorchester ::::: Neueste Schläger

Nachtfalter

Hainstrasse 18
 Allabendlich 7 1/2 Uhr
Kabarett.

AUENSEE LUNA-PARK ...WAHREN...

Morgen Freitag, bei günstiger Witterung:
Riesenprachtfeuerwerk über dem See
 Ab 6 Uhr: Großes Elite-Konzert des Parkorchesters
 Im Tanzpalast: Der große Elite-Betrieb!

Nächsten Sonnabend:
Sommerfest des Angestellten-Vorbandes der
 Ortskrankenkasse Leipzig

Sonntag, den 3. Juli, ab 1/3 Uhr nachmittags:
KANU-REGATTA
 Kajakrennen / FISCHERSTECHEN / Segelwettfahrten
Schwimmsportliche Vorführungen
 des I. Leipziger Schwimmklubs „Poseidon“ von 1900, e.V.
 Reigenschwimmen, Wasserballspiel, Wetschwimmen
 Springen vom 10 Meter hohen Turm
 Nachmittags u. abends: Große Park-Konzerte
 Abends bei günstiger Witterung:
Abbrennen eines Riesenfeuerwerkes
 über dem See

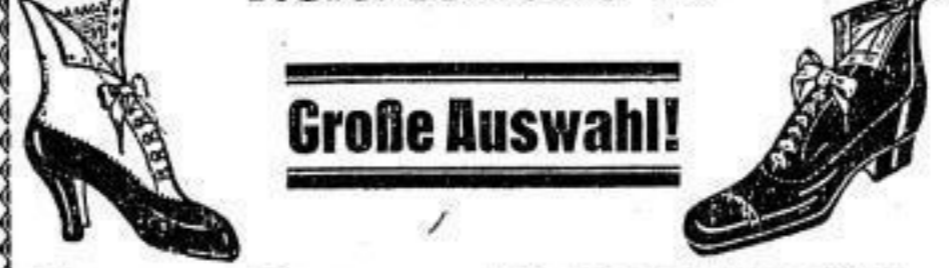
Nachm.: **Bonorand-Orchester**
 (Dir. G. Fischer).
 Abends: **Alfred Haucke-Orchester**
 (Dir. Alfr. Haucke).
 Täglich nachmittags
 und abends:
 Mittwochs 7 Uhr
 Sonntags 5 Uhr
Garten-Konzerte
BONO-Ball.

Kuchengarten

Morgen Freitag, den 1. Juli, abends 8 Uhr:
Große Eröffnungs-Vorstellung
der Deutschen Bunt-Kunsthühne
 Gesang - Lautenlied - Vortragskunst - Tanz - Humor - Dezentos
Familienprogramm
Ganz hervorragende Künstler

N. HERZ

Reichsstraße 19
Große Auswahl!
Braune Damen - Halbschuhe 185.-
 Flacher Absatz
Schwarze Damen-Halbschuhe 140.-
 Boxcalf, flacher Absatz



Leipziger Schauspielhaus.
 Direction: Fritz Hellwig. Fernruf 1000.
 Donnerstag, den 20. Juni 1921
Wilde Frau.
 Ein Schwanke in 3 Akten von Max Reichmann und Leo Schwarz.
 In Szene gesetzt von Anton Grand.
 Personen: Konrad v. Herzogshausen, Rittergutbesitzer (Otto Herberich);
 Gertrude, seine Tochter (Hilke Wörner); Wald, sein Sohn (Walter
 Neuhoff); Alara, dessen Frau (Grete Doerflinger); Baron
 Reymont von Haldern (* * *); August Schimmelmann, Gut-
 besitzer (Karl Braunstein); Dr. Erich Wahrenholz, Rechtsanwalt
 (Karl Keller); Die alte Anbrine, Äbtissin des Herzogshausen
 (Emilie Winterberg); Franz, Diener des Herzogshausen (Werner
 Schacht); Annelie, Friseurin (Hani Matzen).
 * * * Baron Reymont von Haldern. * * * Anton Grand a. G.
 Der bei der Handlung: Erster Akt: Berlin. Zweiter und dritter Akt:
 Gut Herzogshausen in der Mark. - Zeit: Gegenwart.
 Einfach 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
 Freitag, den 1. Juli: Gastspiel Anton Grand: **Wilde Frau.** An-
 fang 7 1/2 Uhr.
 Sonnabend, den 2. Juli, nachm. 3/4 Uhr: Vorstellung für den Ver-
 kehrsdirektorium 2. Land. Gastspiel Anton Grand: **Wilde Frau.**
 Abends 8 Uhr: Gastspiel Anton Grand: **Wilde Frau.**
 Der beliebteste Spielabschnitt läuft vom 27. Juni bis 17. Juli 1921.
 Bis zu diesem Tage mit die beliebteste Karte der Jahreskarte
 an der Tageskasse einlöslich sein.

Kleines Theater.
 Direction: Fritz Hellwig. Weststr. 42
 Donnerstag, den 20. Juni 1921, abends 7 1/2 Uhr
Die Scheidungsreise.
 Musikfächer Schwanke in 3 Akten von Leo Walter Stein.
 Musik von Hugo Hilck.
 Regie: Otto Staudel. Musikalische Leitung: Kapellmeister Hans Richter.
 Vorkommende Musikstücke: 1. Ja, das Fleisch kann man auch
 schmecken! 2. Wer wird denn meinen, wenn man auseinander-
 geht! 3. Wädel wo bist du, Wädel wie fühlst du! 4. Was ist der
 Sport der Hebräer. Ende nach 10 Uhr.
 Einfach 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
 Freitag, den 1. Juli, nachm. 3/4 Uhr (ermäßigte
 Preise) der große Schwanke: **Die Scheidungsreise.**
 Die Mitglieder der Theatergemeinde Schauspielhaus erhalten gegen
 Vorweisung ihrer Jahreskarte 50% Ermäßigung und zahlen dafür
 3 Mark Musikfächer.
 Vorverkauf an der Tageskasse des Kleinen Theaters, Kasse des Schau-
 spielhauses, bei H. W. Coppel, Peterstr. 16, Aug. Walla, Peterstr.,
 und im Antiquariat von Friedrich Bräde & Co., Selter Straße 14.
 Besteht Karten müssen bis mittags 2 Uhr abgeholt sein, andern-
 falls wird darüber verfügt.

Drei Linden
 Nur noch einige Tage
Der große Varieté-Spielplan
 mit der großen Ausstattungs-
 Wasser-Revue
Im Reiche der Nixen!
 mit der beliebtesten Berliner
 Operetten-Diva
Kato Mann.
 Ab 1. Juli
Der neue Varieté-Spielplan.

Ob schön! **Sommer-Varieté** Ob Regen!
Felsenkeller
 Allabendlich 8 Uhr
Der glänzende Spielplan.
 Volksmäßige Eintrittspreise.
 Eintritt 2.40 Mk. Reserv. Plätze 4.80 Mk.
 einsch. Steuer 7 Uhr. Einlaß 7 Uhr.
 Bei ungünstiger Witterung Vorstellung
 im großen Saal.

Eiskellerpark
 Morgen Freitag sowie jeden Freitag
Der große Ball-Betrieb.
 Jeden Mittwoch: **Großes Garten-Konzert.**

Gasthof Stünz.
 Morgen Freitag, ab 6 1/2 Uhr
Der beliebte Freitags-Ball.
 Eintritt 2.50 Mk. Tanz frei.
 Erstklassiges Balkorchester, Dir. August Hess.

Hainstr. 19. **Licht-UT. Spiele** Hainstr. 19.
 Ab heute **Donnerstag**
Erstaufrührung! Nur für Erwachsene!
 Das interessanteste Filmwerk der Gegenwart
Die Liebschaft der Marquise di Padilla oder:
Unter der Dornenkrone
 Ein wunderbares **Sittengemälde**
 aus mexikanischer Kaiserzeit 1867
7 spannende Kapitel 7
 In der Hauptrolle:
Ria Jende, Rolf Randolf und Erra Bogner
 Eine **Schicksalstragedie**, von der
 jeder, der sie gesehen, tiefergriffen ist.
 Ferner: **Das reichhaltige**
Beiprogramm!

Apollo-Theater
 (früher Stadt Nürnberg) Direkt am Bayrischen Bahnhof Tel. 1111.
 Täglich 7/8 Uhr:
Die letzten großen Entscheidungskämpfe
 um die Europa-Meisterschaft 1921.
 Es ringen um den I. und II. Preis:
Sauerer-Salt
 um den III. und IV. Preis:
Hibmann-Rosch
 Stöckkampf:
Hitzler-Madrall
 Nachdem Proklamierung der
 Sieger und Preisverteilung.
 Ferner der große:
Varieté-Spielplan.
 Ab 1. Juli:
Der Riesen-Varieté-Spielplan
 u. a.: die neueste Varieté-Sensation
Internationale Damen-Box-Kämpfe
 Außerdem: 10 erstkl. Attraktionen.
 Vorverkauf: Tageskasse Tel. 1111. Warenhaus Th. Althoff, Petersstr.

